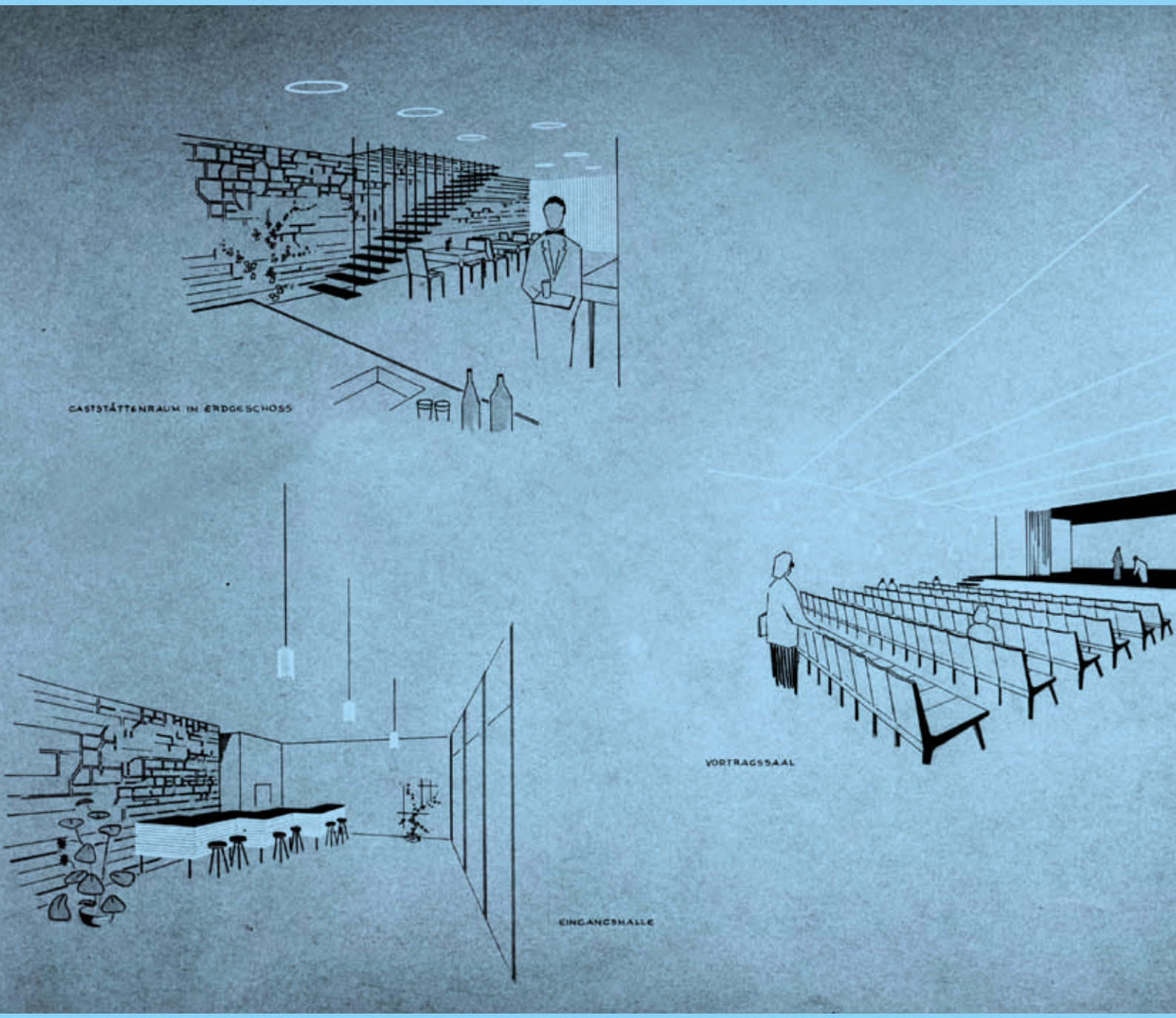
GERHART HAUPTMANN HAUS

STIFTUNG GERHART-HAUPTMANN-HAUS | DEUTSCH-OSTEUROPÄISCHES FORUM

# 60 Jahre Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus




Skizzen des Architekturwettbewerbs anlässlich des Baus des Gerhart-Hauptmann-Hauses

Geleitwort ..... 5
Kuratorium und Vorstand der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus

Grusswort Carina Gödecke, MdL ..... 7
Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

Grusswort Christina Kampmann ..... 9
Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

Unser Leitbild ..... 11
Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus | Deutsch-osteuropäisches Forum

Zukunft braucht Erinnerung ..... 17
Unser 10-Punkte-Papier

Wir auch in Nordrhein-Westfalen ..... 21
60 Jahre Stiftung Haus des deutschen Ostens/Gerhart-Hauptmann-Haus 1957–2017

Literatur als Spiegel der Geschichte ..... 41
60 Jahre Literatur

50 Jahre Wissenschaftliche Bibliothek ..... 46
im Gerhart-Hauptmann-Haus

Das Gerhart-Hauptmann-Haus zu Beginn der 80er-Jahre

# Geleitwort
## Kuratorium und Vorstand der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus

**Mit Dankbarkeit blicken Kuratorium und Vorstand der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus auf das 60-jährige Jubiläum der Gründung durch die damalige Landesregierung zurück.**

Wir danken den Gründern, Ideengebern und Freunden sowie Förderern, die damit den besonders vom Krieg betroffenen Mitbürgern eine öffentliche Einrichtung der Betreuung, der Begegnung und des kulturellen Austausches schufen.

Es dauerte zwar bis 1963, als unser als Begegnungsstätte errichtetes Haus fertig und damit die Stiftung voll funktionsfähig wurde. Das war auch ein Zeichen aller im Landtag vertretenen Parteien zur Aufnahme und Annahme der gewaltsam entwurzelten Vertriebenen und Flüchtlinge als Mitbürger.

Mit der Gründung und Ausgestaltung unserer Stiftung trafen die damals Verantwortlichen eine weitsichtige Entscheidung, die einen wichtigen Beitrag zu einer weitgehend gelungenen Eingliederung landschaftlich fremder Menschen leisteten, die aber kulturell, sprachlich und geschichtlich uneingeschränkt zu Deutschland gehörten. Zuerst war das Haus als zentrale Begegnungsstätte für die Heimatvertriebenen und als Ort der Pflege ihrer ostdeutschen regionalen Kulturen gedacht, dann wurde es immer mehr zu einer umfassenden Kultur- und Bildungsstätte, die zunehmend auch Alteingesessene erreichte.

Durch Vorträge, Ausstellungen, Brauchtums- und Musikpflege sowie Begegnungen von Kulturschaffenden und Reisen nach Ostmittel-, Südost- und Osteuropa wurden schon bald Gesprächsforen geschaffen, die der Aussöhnung und der Öffnung gemeinsamer Wege zu einem geeinten und friedlichen Europa dienen.

Der heutige freie und unbefangene Austausch mit Lehrern, Historikern, Autorinnen und Autoren östlicher Nachbarländer ist für uns eine Bestätigung eines schon früh eröffneten Weges, den wir auch in der Zukunft gehen wollen. Die zentrale Aufgabe bleibt aber, die gemeinsame deutsche Kultur und Geschichte in ihrer Vielfalt zu pflegen und allen Bürgerinnen und Bürgern zu vermitteln.

Reinhard Grätz
Vorsitzender des Kuratoriums

Helmut Harbich
Vorsitzender des Vorstandes

»Wir müssen unsere Verletzungen zeigen, damit die andere Seite die ihren zeigt. Nur so ist Verständigung möglich.« Peter Glotz

# Grusswort Carina Gödecke, MdL
## Präsidentin des Landtags Nordrhein-Westfalen

**60 Jahre »Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus« – unser Land Nordrhein-Westfalen kann mit Stolz auf diesen Ort der Erinnerung, aber auch den des Aufbruchs blicken. Die gelungene Integration von Millionen von Heimatvertriebenen infolge des Zweiten Weltkrieges war eine der größten Leistungen Deutschlands nach 1945. Viele von ihnen sind zu Botschaftern der Aussöhnung und Verständigung geworden und haben dafür über Jahrzehnte unendlich viel getan. Daran hat die Stiftung mit ihren vielfältigen Angeboten ganz wesentlich mitgewirkt.**

Der Landtag und die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus – das ist ein gewachsenes, enges Bündnis. Denn im Kuratorium waren stets und sind auch heute Abgeordnete aller Fraktionen vertreten. Daran wird deutlich: Dieses Haus und seine Arbeit genießen im Landesparlament allerhöchste Wertschätzung. Am 27. April 1957 fasste die NRW-Landesregierung den Gründungsbeschluss der »Stiftung Haus des Deutschen Ostens« – wie sie damals hieß. Damit erhielten die 2,4 Millionen Flüchtlinge und Vertriebenen, die sich in Nordrhein-Westfalen ein neues Zuhause aufbauten, einen dauerhaften Bezugspunkt und eine wichtige Anlaufstelle. Für viele wurde das 1963 eröffnete Haus zumindest zu Beginn eine Ersatzheimat.

Die Stiftung ist nun seit sechs Jahrzehnten fester Bestandteil der Bildungs- und Kulturlandschaft Nordrhein-Westfalens. Nicht zuletzt ihrer Erinnerungsarbeit ist es zu verdanken, dass ein geschärftes Bewusstsein entstanden ist für die tiefen Wunden, die Vertreibungen schlagen und die Jahrzehnte später noch den Ausgleich unter den Völkern belasten können. Da die Zeitzeugen immer weniger werden, hat auch die Stiftung längst neue Wege beschritten, um Zeugnisse der Vergangenheit dauerhaft zu sichern und sicher in jüngere Hände weiterzugeben. Vorbildlich ist hier die intensive Zusammenarbeit mit Schulen und Hochschulen, also mit jungen Menschen, die unsere Zukunft sind. Dafür danke ich der Stiftung Gerhard-Hauptmann-Haus und sage gerne:

Herzlichen Glückwunsch zum 60-jährigen Bestehen und von Herzen Glückauf!

Carina Gödecke

Carina Gödecke

»Keine Stätte der Absonderung, sondern eine Stätte der Begegnung!
Nicht nur eine Stätte der Erinnerung, sondern eine Stätte der Zukunft!«

# Grusswort Christina Kampmann

## Ministerin für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen

**In diesem Jahr feiern wir das 60-jährige Bestehen der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus. Dazu gratuliere ich sehr herzlich. Die Stiftung war und ist ein wichtiger Bezugspunkt für vertriebene und geflüchtete Deutsche nach dem Zweiten Weltkrieg und für (Spät-)Aussiedlerinnen und -siedler. Am 29. April 1957 als privatrechtliche Stiftung »Haus des deutschen Ostens« von der nordrhein-westfälischen Landesregierung errichtet, trägt sie seit dem 28.11.1992 den Namen »Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus – Deutsch-osteuropäisches Forum«.**

Im Grundstein des am 22. Juni 1963 eröffneten Gebäudes in der Bismarckstraße in Düsseldorf befindet sich eine Urkunde mit der Aussage: »Keine Stätte der Absonderung, sondern eine Stätte der Begegnung! Nicht nur eine Stätte der Erinnerung, sondern eine Stätte der Zukunft!«

Dieser Maxime ist die Stiftung immer treu geblieben. Die Verbundenheit der deutschen Geschichte mit der Geschichte der anderen Völker im Osten und Südosten Europas, die Etablierung einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur und die Förderung des völkerverbindenden Dialogs in Europa sind wesentliche Ziele der Stiftung. Sie ist Begegnungs-, Veranstaltungs- und Bildungsstätte und Ansprechpartnerin für Institutionen und Menschen mit Interesse an osteuropäischen Regionen. Ganz wichtig ist, dass auch junge Menschen zu den Zielgruppen der Stiftung zählen. Wenn die Jugend Kenntnisse erlangt über eigene Wurzeln und historische Zusammenhänge, dann ist dies eine wesentliche Voraussetzung zur verantwortungsvollen Gestaltung der Zukunft.

Die Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus ist bestens gerüstet für die zukünftigen Herausforderungen. Sie hat nach 60 Jahren nicht an Bedeutung verloren. Aus ihrem spezifischen Blickwinkel kann sie auch eine wertvolle Hilfe bei der Bewältigung aktueller Herausforderungen im Zusammenhang mit den weltweiten Phänomenen von Flucht und Vertreibung sein. Ich danke allen, die die Arbeit der Stiftung über sechs Jahrzehnte begleitet und unterstützt haben. Dem Vorstand, dem Kuratorium und den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern wünsche ich für die Zukunft alles Gute und viel Erfolg. Ich bitte Sie, in Ihrem großen Engagement nicht nachzulassen und die für unser Land sehr wichtige Thematik Ihres Hauses allen Generationen nahezubringen und zu verdeutlichen.

Christina Kampmann

© Ministerium für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport des Landes Nordrhein-Westfalen | Foto: Catrin Moritz

# Vorträge und Persönlichkeiten im GHH

# Unser Leitbild

## Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus | Deutsch-osteuropäisches Forum

Beschlossen durch Kuratorium und Vorstand im März 2017

## Warum es uns gibt

**Kein anderes deutsches Bundesland wurde und wird so stark durch Zuwanderung mitgeprägt wie Nordrhein-Westfalen. Allein in den ersten anderthalb Jahrzehnten nach der Gründung des Landes 1946 sind weit mehr als zwei Millionen Menschen nach Nordrhein-Westfalen gekommen. Die große Mehrzahl von ihnen waren Flüchtlinge und Vertriebene aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten, die vor allem infolge des vorangegangenen, von der NS-Diktatur begonnenen Krieges verloren gingen.**

Diese Menschen haben nicht nur am Wiederaufbau des Landes mit ihrer Arbeitskraft wesentlich mitgewirkt, sie haben auch durch ihr mitgebrachtes kulturelles »Gepäck« das Land bereichert, das sie dauerhaft aufgenommen hat. Die lebendige Erinnerung an diesen Zugewinn, dessen Pflege, Erhaltung und Fortentwicklung waren und sind die Aufgaben, welche die 1957 von der damaligen Landesregierung unter Ministerpräsident Fritz Steinhoff begründete Stiftung Haus des deutschen Ostens nach Maßgabe des § 96 des Bundesvertriebenengesetzes übernommen hat. Seit der Umbenennung von 1992 mit dem aus Schlesien stammenden Literaturnobelpreisträger Gerhart Hauptmann (1862 – 1946) als Namenspatron, bietet die heutige Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus. Deutsch-osteuropäisches Forum vielfältige Bildungs- und Informationsangebote zu kulturellen, historischen und politischen Themen.

Ihr Blickfeld und ihr Angebotsspektrum haben sich dabei beständig erweitert, insbesondere durch das Hinzukommen von deutschstämmigen Aussiedlern und Spätaussiedlern aus den ostmitteleuropäischen und südosteuropäischen Ländern sowie dem Gebiet der früheren Sowjetunion. Deren kulturelles und historisches Erbe gehört heute und in Zukunft ebenso selbstverständlich zur Vielfalt der Kultur- und Geschichtslandschaft Nordrhein-Westfalen.

# Schul- und Bildungsprojekte des GHH

## West-östliche Verbindungslinien: eine lange Geschichte und viel Gegenwart

Diese Kultur- und Geschichtslandschaft umschließt neben den Zugewinnen durch die (Zwangs-)Migrationen des 20. Jahrhunderts zugleich Verbindungslinien nach Osten, die erheblich älter sind. Viele Städte im heutigen Nordrhein-Westfalen gehörten etwa im Mittelalter der Kaufmannsvereinigung der Hanse an, welche den gesamten Ostseeraum und erhebliche Teile des mittelosteuropäischen Binnenraums mitgeprägt hat. Der industrielle Ballungsraum an Rhein und Ruhr war schon im 19. Jahrhundert ein Zuwanderungsmagnet gerade für Menschen aus dem östlichen Europa. Weit im Westen des deutschen Staatsgebietes gelegen, hat der geographische Raum des heutigen Bundeslandes stets neben den »naheliegenden« Beziehungen zu den westlichen Nachbarn auch solche nach Osten unterhalten, dies auch infolge der zeitweiligen Zugehörigkeit zum Staatsverband Preußens. Dies wirkt bis heute nach. Nirgendwo in Deutschland leben heute mehr Menschen polnischer Nationalität als in Nordrhein-Westfalen. Ungezählte Partnerschaften von Städten, Schulen und anderen Einrichtungen, nicht zuletzt die Partnerschaft des Landes mit der polnischen Województwo śląskie (Woiwodschaft Schlesien) zeugen lebendig davon.

## Woran wir arbeiten

Gleichwohl sind sehr vielen Menschen in unserem Land angesichts der geographischen Voraussetzungen die westlichen Nachbarländer mit ihrer Kultur und Geschichte vertrauter als die weiter entfernten östlichen Nachbarn. Dies hat auch mit den nach wie vor nicht völlig überwundenen Folgen der jahrzehntelangen Abschottung Ostmittel-, Südost- und Osteuropas im Zeichen der durch den Kalten Krieg herbeigeführten Teilung unseres Kontinents zu tun. Dessen kulturelle und historische Einheit in all ihrer Vielfalt nationaler Eigenarten gilt es zurückzugewinnen, das Bewusstsein dafür ist aber auch stets neu zu beleben und zu vertiefen – und dies mehr denn je unter dem inzwischen errichteten gemeinsamen Dach der Europäischen Union. In ihr sind inzwischen beinahe alle Länder im Westen und im Osten Europas vereint, und dies nicht allein, weil sich daraus ökonomische Vorteile ergeben, sondern zuerst weil sie historisch-kulturell zusammengehören. Das gilt jenseits aller ihren Eigenwert behaltenden Unterschiede nationaler Traditionen und langfristig gewachsener Mentalitäten wie auch angesichts von Konflikten in Geschichte und Gegenwart. Warum das so ist, und wie das so bleiben kann, das ist eine Lernaufgabe, die sich insbesondere jeder jungen Generation neu stellt. An der Lösung dieser Lernaufgabe wirken wir mit, indem wir das scheinbar Entferntere nahe bringen.

## Was wir tun

Unsere Aktivitäten umschließen die Auseinandersetzung mit historischen wie auch aktuellen kulturellen und politischen Entwicklungen in unseren östlichen Nachbarländern, die Information und Diskussion darüber, vermittelt und angeleitet durch ausgewiesene Expertinnen und Experten aus dem In- und Ausland. Die Pflege und ständige Erweiterung von Kooperationsbeziehungen zu öffentlichen und privaten Institutionen und zu zivilgesellschaftlichen Zusammenschlüssen in Deutschland und in den ostmitteleuropäischen, südosteuropäischen und osteuropäischen Partnerländern sind dabei selbstverständliche Arbeitsgrundlagen. Im Fokus des Interesses stehen nicht zuletzt auch Fragenkomplexe der Gegenwart, die das vereinte Europa insgesamt betreffen, so etwa Migration und Integration vor dem Hintergrund ähnlicher oder unterschiedlicher nationaler Voraussetzungen und Erfahrungen.

Eine Zusammenfassung der thematischen und inhaltlichen Ausrichtung der Stiftungstätigkeit bietet das im Juli 2014 verabschiedete 10-Punkte-Papier »Erinnern-Lernen-Gestalten« (siehe Seite 17).

# Begegnungen im GHH

## Was wir anbieten

Die Bildungs- und Vermittlungsangebote der Stiftung umfassen Veranstaltungen unterschiedlicher Formate, insbesondere öffentliche Vortrags- und Diskussionsveranstaltungen, Lesungen, Ausstellungen, Konzerte sowie Exkursionen im In- und Ausland. Die Veranstaltungen finden vor allem, aber keineswegs ausschließlich im 1963 in der Düsseldorfer Innenstadt eröffneten Stiftungsgebäude statt, das über mit moderner Veranstaltungstechnik ausgestattete Räumlichkeiten unterschiedlicher Größe verfügt.

Im Haus befindet sich auch die öffentliche Bibliothek der Stiftung, die mit inzwischen über 80.000 Medien eine große Fülle von Möglichkeiten zur Information bietet. Es handelt sich um eine der größten Fachbibliotheken für ostmittel-, ost- und südosteuropäische Themengebiete in Nordrhein-Westfalen. Alle Bestände, sowohl wissenschaftlicher wie belletristischer Art, in deutscher Sprache wie auch in anderen Sprachen, sind online recherchierbar. Das Fachpersonal der Bibliothek bietet umfassende Beratungs- und Unterstützungsleistungen an.

Einen besonderen Schwerpunkt der Stiftungstätigkeit bilden Angebote im Bereich der Hochschul- und der Schulzusammenarbeit sowie sonstiger Aktivitäten im Bereich der Jugendbildung. Das wissenschaftlich qualifizierte Personal bietet insbesondere weiterführenden Schulen zeitlich flexible Projektkooperationen mit breiter Themenpalette an. Anfragen von interessierten Bildungsträgern zu Information oder Kooperation sind stets willkommen.

Praktika unterschiedlicher Dauer sind für Schülerinnen und Schüler, Auszubildende sowie für Studierende nach Absprache möglich und erwünscht. Über das Veranstaltungsprogramm und sonstige Angebote der Stiftung unterrichtet eingehend das vierteljährlich erscheinende West-Ost-Journal als stiftungseigene Zeitschrift. Darüber hinaus informiert die Stiftung über ihre Angebote durch ihren Internetauftritt, einen elektronischen Newsletter sowie unter Nutzung sozialer Medien.

## Wen wir erreichen wollen

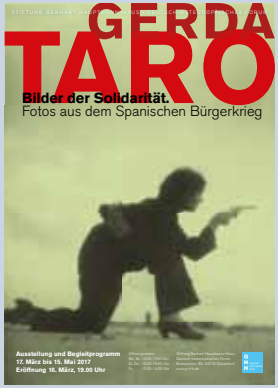
Die Angebote der Stiftung richten sich generationsübergreifend an alle interessierten Bürgerinnen und Bürger Nordrhein-Westfalens, Gäste aus dem In- und Ausland wie auch an Menschen, die möglicherweise nur vorübergehend hier leben.

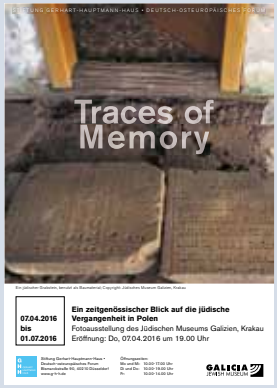
Die Erlebnisgeneration von Flucht und Vertreibung aus den historischen deutschen Ost- und Siedlungsgebieten sowie die Aussiedler und Spätaussiedler beiderlei Geschlechts aus Ostmittel-, Ost- und Südosteuropa und deren Nachkommen haben und behalten einen besonderen Stellenwert unter den Zielgruppen der Stiftungstätigkeit.

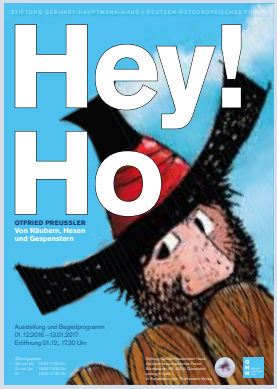
Insgesamt richtet sich die Stiftungstätigkeit besonders an die nachwachsenden Generationen, deren Kenntnis über und Verständnis für die oben genannten Schwerpunkthemen im fortschreitenden europäischen Einigungsprozess mitentscheidet über die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

# Ausstellungen im GHH

## Eine Auswahl







# Zukunft braucht Erinnerung

## »Erinnern – Lernen – Gestalten. Das 10-Punkte-Papier«

Beschlossen durch Kuratorium und Vorstand im Juli 2014

**Die »Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus. Deutsch-osteuropäisches Forum« (GHH) widmet sich seit ihrer Gründung durch die nordrhein-westfälische Landesregierung 1957 den in § 96 des Bundesvertriebenengesetzes formulierten Bildungs- und Kulturinhalten. Damals stand die Erlebnisgeneration von Krieg, Flucht und Vertreibung als Zielgruppe im Vordergrund. Mit deren Schwinden ergeben sich heute neue Herausforderungen, Themen und Aufgaben, denen sich das GHH stellen will.**

**Wichtig ist: Die Auseinandersetzung mit den Folgen der NS-Diktatur ist wesentlicher Bestandteil der Entwicklung der demokratischen Erinnerungskultur in unserem Lande, diese ist inzwischen in einem tiefgreifenden Umbruch begriffen. Das GHH will dieser Entwicklung gerecht werden und sie im Rahmen seines Auftrages konstruktiv aufgreifen. Dieses Zukunftspapier fasst die wichtigsten Aspekte dieser Fortentwicklung in zehn Punkten zusammen:**

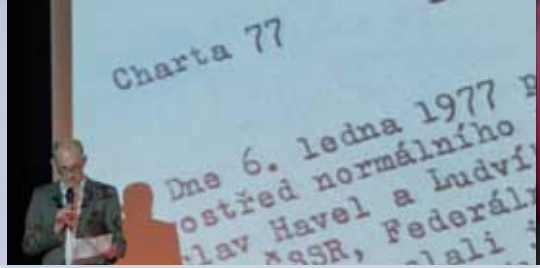
1. Das GHH setzt als in dieser Form einzige Einrichtung in NRW seine über 50-jährige erfolgreiche Tätigkeit als Begegnungsstätte und Erinnerungsort fort. Seine Arbeit zielte und zielt auf die Menschen der Erlebnisgeneration, stand und steht in Verbindung mit deren Organisationen. Das GHH setzt diese Tätigkeit fort und passt sie den Herausforderungen der Gegenwart an.

2. Das GHH verfügt über einschlägige Erfahrungen und die erforderliche Grundausstattung – bis hin zu einer auf seinem Themengebiet wissenschaftlich herausragenden Bibliothek. Es entwickelt seine bewährten Veranstaltungsformate fort, erprobt neue, evaluiert sie und setzt sie erfolgsorientiert ein. Es berücksichtigt dabei verstärkt soziale Umbrüche sowie die Veränderungen im Kommunikationsverhalten der Menschen.

3. In der Folge des Zweiten Weltkrieges waren rund 14 Millionen Menschen deutscher Nationalität unmittelbar von Flucht und Vertreibung betroffen. Daran zu erinnern und dies wissenschaftlich aufzuarbeiten, ist eine Kernaufgabe des GHH. Darüber hinaus ist nicht allein für die Erlebnisgeneration und deren Nachkommen die Erinnerung an Flucht und Vertreibung Bestandteil der gemeinsamen Erinnerungskultur in Deutschland. Flucht und Vertreibung sind heute noch in einem globalen Kontext präsent. Die Herkunftserfahrungen einer großen Zahl unserer Mitbürgerinnen und Mitbürger, die neben einer eigenen kulturellen Prägung ihrerseits vielfach (Zwangs-)Migrationserfahrungen haben, verdienen ebenso Beachtung. Dem will das GHH in Zukunft Rechnung tragen.

4. Die Arbeit des GHH wendet sich an alle Bürgerinnen und Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen. Stärker als bisher steht dabei die nachwachsende Generation als Zielgruppe im Vordergrund.

5. Geschichte und Erfahrungen der Erlebnisgeneration, ihre Zuwanderung, Integration und Aufbauleistung sind Teil der Erfolgsgeschichte des Landes NRW. Darüber hinaus



POLNISCHES INSTITUT DÜSSELDORF

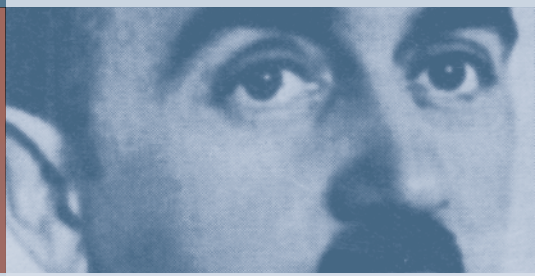
TSCHECHISCHES ZENTRUM
ČESKÉ CENTRUM

FRANZ-ROSENZWEIG-LOGE

# Kooperationspartner des GHH
## Eine Auswahl

GALICIA JEWISH MUSEUM

respekt und mut



LITERATURBÜRO NRW

DEUTSCH-TSCHECHISCHER ZUKUNFTSFONDS
ČESKO-NĚMECKÝ FOND BUDOUCNOSTI

Mahn- und Gedenkstätte
Landeshauptstadt Düsseldorf

bleibt die Aufnahme von Millionen von Menschen unterschiedlicher kultureller und ethnischer Herkunft eine unsere Gesellschaft nachhaltig prägende und verändernde Erscheinung; sie wird in Zukunft verstärkt Gegenstand einer generationenübergreifenden historisch-politischen Bildung sein. Das GHH intensiviert hier seine Tätigkeit.

6. Die erfolgreiche Integration der Aussiedler und Spätaussiedler ist für das Land Nordrhein-Westfalen eine Leistung von besonderer Bedeutung. Das GHH, das über Jahrzehnte einen wichtigen Beitrag zu dieser gesellschaftlichen Aufgabe geleistet hat, wird seine Zusammenarbeit insbesondere mit russlanddeutschen Organisationen sowie mit dem Landesbeirat für Flüchtlings-, Vertriebenen- und Spätaussiedlerfragen fortsetzen und durch spezielle Bildungsangebote erweitern.

7. Die Pflege des kulturellen Erbes über nationale Grenzen hinweg war und bleibt eine zentrale Aufgabe des GHH. Die Erlebnisgeneration hat bei Flucht und Vertreibung im Osten und Südosten Europas einen Kulturraum zurückgelassen, in dem sich auch Menschen ansiedelten, die ebenfalls durch Flucht und Vertreibung ihre ursprüngliche Heimat verloren hatten. Beider historische und kulturelle Leistungen sind erinnerungswürdig und bieten – besonders im binationalen Vergleich – überzeugend-anschauliche und nachhaltige Ansatzpunkte zum Austausch über kulturelle Wechselbeziehungen im europäischen Raum.

8. Die in jüngerer Zeit intensivierte Arbeit des GHH an einer gemeinsamen europäischen Erinnerungskultur wird fortgesetzt, indem die Bildungsangebote thematisch über das 20. Jahrhundert hinaus geöffnet werden. Dies geschieht sowohl »rückwärts« über das Jahr 1914 hinaus (Erinnerung an die Jahrhunderte andauernde Nachbarschaft von Deutschen mit Polen, Tschechen, Russen, Ungarn, Rumänen, Balten, Juden u. a. im östlichen Mitteleuropa und in Südosteuropa) als auch »vorwärts« von 1989/90 bis in die Gegenwart (vom Fall des »Eisernen Vorhangs« bis zur latenten Wiederkehr des »Kalten Krieges« in jüngster Zeit).

9. Das GHH will weiterhin gestaltend einen Beitrag zur Förderung des völkerverbindenden Dialogs in Europa leisten. Das GHH baut seine Rolle als Ansprechpartner für Institutionen und Menschen mit Interesse an Ost-, Südost- und Ostmitteleuropa aus, unterstützt dabei Städte-, Schul- und Regionalpartnerschaften, bietet vielfältige Informationsmöglichkeiten, fördert unmittelbare Erfahrungen mit der Lebens- und Kulturwelt in den östlichen Räumen Europas. Die Erhaltung der kulturellen Identität der deutschen Volksgruppen in den Ländern Ost-, Südost- und Ostmitteleuropas ist wichtiger Bestandteil dieser Arbeit. Die intensive Zusammenarbeit mit den mittelosteuropäischen Partnerländern und ihren Kulturinstituten in Nordrhein-Westfalen ist dabei wesentlich.

10. Flucht und Vertreibung sind weltweite Phänomene, nicht nur medial und sozial präsent, sie müssen auch in vergleichender – nicht relativierender – Erinnerungsarbeit als Erfahrung von Millionen Deutschen und Nichtdeutschen im Bewusstsein bleiben. Das GHH trägt mit seiner Tätigkeit auch in Zukunft zum Verständnis und zur kritischen Reflexion aktueller außen-, sicherheits- und asylpolitischer Fragen bei.

---

Das Gerhart-Hauptmann-Haus stellt als Bildungs- und Kultureinrichtung die notwendige Plattform für die offene Debatte, die den Umbruch in der Erinnerungsarbeit begleitet und gestaltet. Voraussetzung für eine offene und konstruktive Debatte ist es, den Anspruch auf Anerkennung erlittenen Unrechts in Einklang zu bringen mit dessen Einordnung in die historischen Gegebenheiten. Bedingungen, die Unrecht ermöglichten oder auslösten, sind zu trennen von unbeabsichtigten Konsequenzen dieses Unrechtes, bei dem aus Tätern auch Opfer bzw. aus Opfern auch Täter wurden und werden können.

Das GHH nahm und nimmt die Chancen wahr für eine Erinnerung ohne »Aufrechnung«, die dem international gültigen Völkerrecht, der Allgemeinen Erklärung der Menschenrechte und der Charta der Grundrechte der Europäischen Union verpflichtet ist.

Blick auf die Bismarckstraße vom Turm der Johanneskirche 1878

# Wir auch in Nordrhein-Westfalen
## 60 Jahre Stiftung Haus des deutschen Ostens/ Gerhart-Hauptmann-Haus 1957–2017

## I. Eine Straße mit Geschichte

**Bereits seit 1875 trägt sie den Namen des preußischen Ministerpräsidenten und ersten Reichskanzlers, die Düsseldorfer Bismarckstraße. Schon vier Jahre nach der von Otto von Bismarck (1815–1898) wesentlich mit herbeigeführten Gründung des Deutschen Reiches erwiesen die Stadtväter Düsseldorfs – das damals zur preußischen Rheinprovinz gehörte – dem Mann, der bei seiner Berufung zum preußischen Regierungschef im Jahre 1862 »Eisen und Blut« prophezeit hatte (mit Recht, wie sich zeigen sollte), die Ehre einer Straßenbenennung. Seither ist dieser Name der Straße erhalten geblieben, über alle politischen Umbrüche hinweg – während die benachbarte Parallelstraße unmittelbar nach Kriegsende 1945 von Kaiser-Wilhelm- in Friedrich-Ebert-Straße umbenannt wurde.**

Ein Foto, das 1878 vom Turm der im Bau befindlichen Johanneskirche aufgenommen wurde, zeigt noch, wie sich von der Kreuzung zur Oststraße an nur noch wenige Wohnhäuser in östlicher Richtung stadtauswärts anschließen, bevor sich der Blick auf unbebauten Wiesen im Dunst verliert. Nur etwas mehr als ein Jahrzehnt später hatte sich der Stellenwert der Bismarckstraße indessen grundlegend verändert: Seit 1891 stieß sie auf den Vorplatz des neu erbauten Düsseldorfer Hauptbahnhofs (damals Wilhelms-, seit 1967 Konrad-Adenauer-Platz) und war damit in verkehrstechnische Herz der boomenden Großstadt gerückt.

Zwischen der Reichsgründung von 1871 und dem Jahr der Eröffnung des neuen Hauptbahnhofs, also in nur zwei Jahrzehnten, hatte sich die Einwohnerzahl Düsseldorfs auf über 144.000 mehr als verdoppelt. Der gewaltige Sog der Industrialisierung, die bekanntlich im Rhein-Ruhr-Raum eines ihrer schlechterdings wichtigsten Zentren fand, machte auch aus dem lange Zeit eher beschaulichen Städtchen am Rhein eine sprunghaft wachsende Industrie- und Verwaltungsmetropole, die eine entsprechend leistungsfähige Verkehrsinfrastruktur benötigte. Seit 1891 also stellte die Bismarckstraße den geradlinigsten Weg vom Hauptbahnhof zum nördlichen Ende der Königsallee und damit zum historischen Stadtzentrum dar (die heutige Anbindung der Friedrich-Ebert- an die Stein- und Benrather Straße existierte noch nicht). Sie war damit eine der bedeutendsten Verkehrsadern der immer noch rapide wachsenden Stadt Bezeichnenderweise wurde längst vor dem Beginn des Ersten Weltkriegs 1914 auch eine Straßenbahnlinie durch die Bismarckstraße geführt, die den Hauptbahnhof mit der Altstadt verband. Erst 1988 endete – im Zuge des U-Bahnbaus in Düsseldorf – das Straßenbahnzeitalter in der Bismarckstraße wieder.

Bismarckstraße mit Blick auf den Hauptbahnhof 1943

Den größten Umbruch ihrer Geschichte erlitt die Bismarckstraße – wie so viele andere Straßen in deutschen Städten – durch den Bombenkrieg. Der vom NS-Regime im September 1939 begonnene Krieg kam zum ersten Mal am 15. Mai 1940 unmittelbar in Düsseldorf an: Die ersten sechs britischen Sprengbomben fielen auf Flingern und Oberbilk, töteten einen Menschen und verletzten sechs weitere Personen. Während nahezu zeitgleich die deutsche Luftwaffe im Rahmen der »Luftschlacht um England« britische Städte angriff, erhielten die Düsseldorfer einen Vorgeschmack auf das, was folgen sollte. Bis zum letzten Luftangriff am 21. Februar 1945, als noch einmal 200 Bomben spätnachts auf Benrath, Itter und Urdenbach fielen, verzeichneten die städtischen Behörden insgesamt 243 Attacken aus der Luft auf die Stadt, allerdings höchst unterschiedlichen Ausmaßes. Der erste echte Großangriff traf Düsseldorf in der Nacht vom 31. Juli auf den 1. August 1942: Jetzt wurden die Stadtmitte und deren Umgebung von rund 450 Luftminen und Sprengbomben, dazu von annähernd 20.000 Stabbrand- und Phosphorbomben getroffen; fast 300 Menschen starben, weit mehr als 1.000 wurden verletzt. Die überhaupt schlimmste Bombennacht für Düsseldorf brachte der 12. Juni 1943: Es fielen über 1.300 Luftminen und Sprengbomben sowie deutlich über 140.000 Stabbrand- und Phosphorbomben wiederum hauptsächlich auf die Stadtmitte. Die Bilanz verzeichnete mehr als 600 Todesopfer und fast 3.300 Verletzte.

Ein unmittelbar danach aufgenommenes Foto zeigt den Blick von der Ecke Oststraße die Bismarckstraße hinunter Richtung Hauptbahnhof, dessen unversehrter Turm in der Bildmitte gut erkennbar ist. In der Bismarckstraße selbst freilich sind neben Trümmern vor allem leere Fensterhöhlen zu sehen: Das Werk der Brandbomben, welche die Fassaden stehen ließen mit einem rußgeschwärzten Nichts dahinter.

Am Ende des Krieges galten nur 7 % der Wohngebäude, 4 % der öffentlichen Einrichtungen und knapp 7 % der Geschäfts- und Industriegebäude in Düsseldorf als völlig intakt. Eine Karte der Stadtverwaltung zeigt das Ergebnis des Krieges für die Bismarckstraße: Vom Hauptbahnhof (nahezu unbeschädigt) bis zur Oststraße sind ganze sieben Gebäude als unbeschädigt eingezeichnet. Alle anderen hatten mittlere bis schwere Schäden erlitten, etliche waren total zerstört. Und die Bismarckstraße kam noch, wie die Karte zeigt, verhältnismäßig gut weg: Während die damalige Kaiser-Wilhelm-Straße ähnlich aussah, stand auf der ebenfalls parallel laufenden Immermannstraße zwischen Charlotten- und Oststraße buchstäblich kein Stein mehr auf dem anderen.

Am 31. März 1945 – wenige Tage vor dem Eintreffen amerikanischer Truppen und damit dem faktischen Kriegsende für Düsseldorf – lebten noch ca. 235.000 Menschen in der Stadt; weit mehr als die Hälfte der Wohnbevölkerung von 1939 (ca. 548.000) hatte die Stadt verlassen. Bis zum Jahresende 1945 waren freilich schon etwa 150.000 Düsseldorferinnen und Düsseldorfer in die zertrümmerte Stadt zurückgekehrt. Die Devise musste lauten: Wiederaufbau so rasch als möglich.

Nissenhüttensiedlung Düsseldorf-Unterrath 1956

# II. Ein Haus für die Gegenwart der Geschichte (1957–2006)

## Von der Gründung der Stiftung zum eigenen Haus (1957–1963)

Friedrich Tamms war einer derjenigen Architekten in Deutschland, die den durch den Bombenkrieg erzeugten Kahlschlag als Chance begriffen. Schon seit 1948 wurde der 1904 in Schwerin geborene Tamms, der bis 1945 zu den jungen, ehrgeizigen Mitarbeitern von Hitlers Lieblingsbaumeister Albert Speer gehört hatte, zur Schlüsselfigur für den Wiederauf- respektive Neubau Düsseldorfs. Sein Einfluss reichte bis in die 1970er-Jahre, als er noch – inzwischen als Planungs- und Baudezernent im Ruhestand – für den Bau des Rheinstadions (2002 abgerissen) verantwortlich zeichnete. Die Bismarckstraße spielte – trotz ihrer noch immer zentralen Lage – nur eine Nebenrolle. Priorität erhielt die verbreiterte Friedrich-Ebert-Straße, die Richtung Stadtmitte unmittelbar angebunden wurde – freilich genau wie die Bismarckstraße durchtrennt durch die gewaltige Schneise der Berliner Allee. Diese war Tamms‘ Paradeobjekt im Konzept der autogerechten modernen Großstadt Düsseldorf: Unbekümmert um gewachsene Stadtstrukturen und Straßenführungen mit dem Lineal durch das Trümmerfeld gezogen und verwirklicht. Ein Architektentraum. Kein Traumarchitekt freilich für viele Düsseldorfer, die sich schwer damit taten in Tamms‘ geschichtsloser Autometropole ihre Heimatstadt wiederzuerkennen.

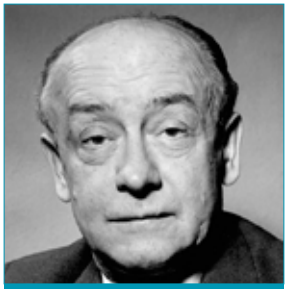
Heimat war indessen ein Begriff, um den es Anderen in Düsseldorf auch ging. Eine ferne Heimat, jenseits der Elbe oder gar der Oder, unerreichbar im 1945 angebrochenen Zeitalter des Kalten Krieges. Düsseldorf zählte zu Beginn der 1960er-Jahre knapp über 700.000 Einwohner – mehr denn je zuvor. Zu den Rückkehrern aus der Bombenkriegsevakuierung, aus Krieg und Gefangenschaft waren mittlerweile längst sehr viele Zuwanderer gekommen, die neu in der inzwischen zur Hauptstadt des jungen Bundeslandes Nordrhein-Westfalen erhobenen Großstadt am Rhein waren. Das waren viele, die dem reichhaltigen Arbeitsplatzangebot des Wirtschaftswunder-Booms folgten (darunter auch die ersten, damals so genannten »Gastarbeiter«, anfangs vor allem aus Italien, Spanien und Portugal, seit 1961 auch aus der Türkei), viele aber auch, die infolge Flucht und Vertreibung am Ende des Zweiten Weltkrieges aus den historischen deutschen Ostgebieten kamen. Nordrhein-Westfalen insgesamt hatte bis zu diesem Zeitpunkt etwa 2,4 Millionen Flüchtlinge und Vertriebene aufgenommen – mehr als jedes andere Land der 1949 gegründeten Bundesrepublik Deutschland.

Mit Rücksicht auf die große Zahl dieser unfreiwilligen Zuwanderer hatte das nordrhein-westfälische Landeskabinett unter Führung von Ministerpräsident Fritz Steinhoff (SPD) bereits am 29. April 1957 die Errichtung einer privatrechtlichen Stiftung »Haus des deutschen Ostens« beschlossen. Die Landesregierung trug damit Bestrebungen Rechnung, die durch führende Vertriebenen-Vertreter in Nordrhein-Westfalen schon seit mehreren Jahren verfolgt wurden. Deren Adressat war zunächst Steinhoffs Vorgänger im Amt des Regierungschefs gewesen, nämlich der Unions-Politiker Karl Arnold. An Arnold also war der Wunsch herangetragen worden, für die in Nordrhein-Westfalen aufgenommenen Flüchtlinge und Vertriebenen aus den ehemaligen Ostgebieten des Deutschen Reiches beziehungsweise aus deutschen Siedlungsgebieten jenseits von dessen Grenzen in Ost-, Ostmittel- und Südosteuropa eine feste Stätte für Kulturpflege und Begegnung zu schaffen. Die rechtliche Grundlage dafür war bereits mit dem 1953 verabschiedeten Bundesvertriebenengesetz geschaffen worden, das mit seinem § 96 auch eine Förderung von Vorhaben zu Kultur und Geschichte der historischen deutschen Ostgebiete aus öffentlichen Mitteln ermöglichte.

Aus der Perspektive der führenden Landespolitiker handelte es sich bei den Vertriebenen um ein Wählerpotential von einigem Gewicht. Die Interessen dieser Bevölkerungsgruppe (in der ganzen Bundesrepublik damals rund 8 Millionen Menschen) wurden zudem vor allem seit Beginn der 1950er-Jahre durch die Zug um Zug geschaffenen Landsmannschaften artikuliert. Im Oktober 1957 wurde dann mit dem Bund der Vertriebenen ein Dachverband gegründet, der sich seither als gemeinsames Sprachrohr verstand. Darüber hinaus existierte seit 1950 mit

dem »Gesamtdeutschen Block/Bund der Heimatvertriebenen und Entrechteten« (GB/BHE) eine politische Partei, die für sich beanspruchte, die Interessen der Vertriebenen am nachdrücklichsten zu vertreten. Der BHE hatte bei der zweiten Bundestagswahl im September 1953 immerhin 5,9 % der abgegebenen Stimmen erhalten und war mit 27 Abgeordneten ins Bonner Parlament eingezogen. Dies brachte ihm auch die Einbeziehung in Bundeskanzler Dr. Konrad Adenauers zweite Regierungskoalition und zwei Ministersessel ein. Bei der nordrhein-westfälischen Landtagswahl im folgenden Jahr 1954 erreichte der BHE allerdings nur 4,6 % der abgegebenen Stimmen. Ein Einzug ins Landesparlament blieb ihm dadurch zwar verwehrt, und die Vertriebenenpartei sollte auch bald darauf an fortgesetzten internen Querelen zerbrechen, das Wahlergebnis war aber immerhin ein deutlicher Hinweis auf das vorhandene Wählerpotential.

Wenn die schon seit längerer Zeit ventilierte Gründung der Stiftung Haus des deutschen Ostens unter dem sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Steinhoff schließlich realisiert wurde, und nicht unter Arnold, so hatte dies mit einer ungewöhnlichen landespolitischen Situation zu tun. Die CDU war zwar in der Landtagswahl vom Sommer 1954 wieder mit deutlichem Abstand vor der SPD stärkste Partei geworden (41,3 gegenüber 34,5 % der abgegebenen Stimmen) und Karl Arnold hatte mit der FDP (11,5 % der abgegebenen Stimmen) und dem damals noch im Landtag vertretenen Zentrum (4,0 % der abgegebenen Stimmen; Einzug in den Landtag über Direktmandate) eine Regierungskoalition gebildet, die vermeintlich von einer komfortablen Mehrheit im Parlament getragen wurden.


Fritz Steinhoff

Dieses Parteienbündnis zerbrach jedoch bereits im Februar 1956. Die nordrhein-westfälische FDP scherte unter Federführung von Willi Weyer aus der Koalition aus, was mehr in bundes- denn in landespolitischen Erwägungen begründet war, und Ministerpräsident Arnold wurde durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt. Dessen Ergebnis bestand in der Wahl Fritz Steinhoffs, bis dahin Vorsitzender der sozialdemokratischen Landtagsfraktion, der sein Kabinett seinerseits mit Unterstützung der FDP und des Zentrums bildete.

Mit der von der Regierung Steinhoff beschlossenen Gründung der Stiftung ging die Verabschiedung der Stiftungsurkunde einher. Diese ordnete die Stiftung dem Geschäftsbereich des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales zu. Als Stiftungszweck wurde zunächst die »Errichtung und Führung eines Hauses des Deutschen Ostens« festgelegt, welches ausdrücklich »allen Kreisen der Bevölkerung des Landes Nordrhein-Westfalen offen« stehen sollte. Inhaltlich sollten die »Behandlung der Vertriebenenprobleme«, die »Pflege des Heimatbewusstseins der Vertriebenen« sowie die »Pflege der Kenntnis des deutschen Ostens und die Erhaltung seiner kulturellen Werte« im Vordergrund stehen. Sinngemäß sollte die Stiftung »bis zur Wiedervereinigung« die gleichen Aufgaben wahrnehmen, »soweit sie die DDR-Zuwanderer und Mitteldeutschland betreffen«.

Somit diente das Haus von Beginn an dem Zweck, die Erinnerung an Kultur und Geschichte jenseits von Elbe und Oder – und damit auch das Bewusstsein der Verbundenheit der deutschen Geschichte mit derjenigen der anderen Völker im Osten und Südosten Europas mit allen Höhen und Tiefen – auch tief im Westen der Bundesrepublik lebendig zu erhalten. Gerade im Kalten Krieg war es von wesentlicher Bedeutung, weiterhin deutlich zu machen, dass Europa keineswegs an der mitten durch Deutschland verlaufenden Frontlinie der Supermächte USA und Sowjetunion endete.

Die jetzt in Nordrhein-Westfalen lebenden und arbeitenden Menschen aus Schlesien, Ost- und Westpreußen, Pommern, dem Sudetenland und anderen Regionen waren natürlich nicht ohne geistiges und kulturelles »Gepäck« gekommen, das mit ihnen Teil der Erinnerungskultur des jungen Landes wurde. Und zugleich wurden sie auch Teil von Politik, Wirtschaft, Bildung und Kultur Nordrhein-Westfalens. Ein Anzeichen dafür: Der 2006 von Bernd Haunfelder veröffentlichte Band »Nordrhein-Westfalen. Land und Leute 1946–2006« fasst die Kurzbiographien von 640 der wichtigsten Persönlichkeiten im öffentlichen Leben Nordrhein-Westfalens seit der Gründung des Landes zusammen (soweit sie bis 2006 verstorben waren). 44 davon stammten aus dem historischen deutschen Osten; darunter etwa Erich Brost (geboren

1903 in Elbing/Westpreußen, heute Elbląg/Polen), Gründer und Verleger der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung, Klaus von Bismarck (geboren 1912 in Jarchlin/Pommern, heute Jarchlino/Polen), WDR-Intendant von 1960 bis 1976, oder Hans-Jürgen Wischnewski (geboren 1922 in Allenstein/Ostpreußen, heute Olsztyn/Polen), Gewerkschafter der ersten Nachkriegsstunde und Sozialdemokrat, der jahrzehntelang in der nordrhein-westfälischen SPD eine Schlüsselrolle spielte. Darüber hinaus hatte Wischnewski mehrere Regierungsämter auf Bundesebene inne. Nicht zu vergessen ist auch der CDU-Politiker Heinrich Windelen, der 1921 im niederschlesischen Bolkenhain (heute Bolków/Polen) geboren wurde und der nach 1945 in Westfalen heimisch wurde. Windelen vertrat mehr als 40 Jahre lang einen nordrhein-westfälischen Wahlkreis im deutschen Bundestag und hatte verschiedene Ministerämter inne. Schließlich ist an Erich Mende zu erinnern (geboren 1916 in Groß Strehlitz/Oberschlesien, heute Strzelce Opolskie/Polen), der ähnlich lange dem Deutschen Bundestag angehörte und zeitweilig als Bundesvorsitzender der FDP und Bundesminister amtierte. Mende war nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges im Rheinland heimisch geworden.

Dr. Alois Raab

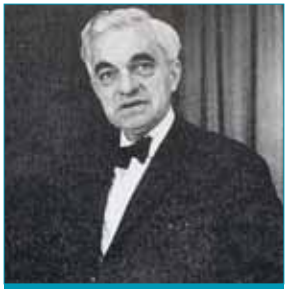
Die Stiftungsurkunde von 1957 legte auch fest, dass die Leitung der Stiftung in den Händen eines dreiköpfigen Vorstandes zu liegen hatte. Der Vorstand wiederum sollte durch das Kuratorium gewählt werden. Die Mitglieder des Kuratoriums waren für die Dauer der jeweiligen Legislaturperioden des Landtages durch den Minister für Arbeit und Soziales zu berufen; dabei sollten alle Fraktionen des Landesparlaments, die Vertriebenenorganisationen, die Stadt Düsseldorf sowie weitere gesellschaftliche Gruppen, darunter die Kirchen, berücksichtigt werden. An der grundsätzlichen Konstruktion der Stiftung hat sich seither nichts geändert, anders als im Falle der ministeriellen Zuständigkeiten.

Im Juli 1957 konstituierte sich das erste Kuratorium und wählte den sozialdemokratischen Landtagsabgeordneten Erich Deppermann zu seinem Vorsitzenden. Der damals 55-jährige Deppermann sollte bis zu seinem frühen Tod im August 1963 eine der bestimmenden Persönlichkeiten der Stiftung bleiben. Als gebürtiger Bielefelder war er selbst nicht durch eine Vertriebenen-Vita geprägt, hatte aber bereits in jungen Jahren begonnen, sich politisch zu engagieren. Unter dem NS-Regime zeitweilig in KZ-Haft, hatte Deppermann seine politische Tätigkeit 1945 sogleich wieder aufgenommen. Er gehörte bereits dem ersten Landtag Nordrhein-Westfalen an und blieb bis zu seinem Tod Abgeordneter; seit 1950 leitete er den Flüchtlingsausschuss des nordrhein-westfälischen Parlaments, war also mit den einschlägigen Problemen bestens vertraut.

Unter der Leitung Deppermanns wählte das Kuratorium den ersten Stiftungsvorstand, dessen Vorsitz der aus dem ostpreußischen Königsberg (heute Kaliningrad/Russische Föderation) stammende Schuldirektor Erich Grimoni übernahm. Bereits 1959 folgte ihm Dr. Alois Raab in dieser Funktion, welcher eine ganze Ära der Stiftungsgeschichte mitbestimmen sollte. Raab blieb mehr als zwei Jahrzehnte, nämlich bis 1981 an der Spitze des Vorstandes. Er wurde 1910 geboren und stammte aus dem mährischen Schnobolin (später Ortsteil von Olmütz, damals Österreich-Ungarn, heute Olomouc/Tschechische Republik). Nach dem Ersten Weltkrieg tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Nationalität, studierte Raab in Prag Rechts- und Staatswissenschaft. Er wurde noch vor der Zerschlagung der Tschechoslowakei durch den NS-Staat 1938/39 ins Richteramt berufen. Nach der Vertreibung der Deutschen aus der wiedergegründeten Tschechoslowakei 1945 ließ sich Raab im niederrheinischen Kleve nieder und wurde wieder als Richter, später als Rechtsanwalt tätig. Viele Jahre war er auch als Sozialdemokrat in der Kommunalpolitik aktiv. War die Stiftung durch das Kabinett Steinhoff begründet worden, so lag doch ihr weiteres Gedeihen bald in anderen Händen. Bei der Landtagswahl vom 06. Juli 1958 gewann die CDU mit 50,4 % der abgegebenen Stimmen die absolute Mehrheit. Fritz Steinhoff, dessen Partei mit 39,2 % immerhin ihr bis dahin bestes Ergebnis auf Landesebene erzielt hatte, musste aus dem Amt des Ministerpräsidenten weichen, ihm folgte Dr. Franz Meyers. Der CDU-Spitzenkandidat Karl Arnold war wenige Tode vor der Wahl überraschend einem Herzinfarkt erlegen, sodass nun Meyers (im vorangegangenen Kabinett Arnold Innenminister) Chef der allein von der Union gestellten neuen Landesregierung wurde.

Im Oktober 1959 berief Meyers den damals erst 34-jährigen Konrad Grundmann als neuen Minister für Arbeit, Gesundheit und Soziales in sein Kabinett. Damit fielen auch die Geschicke der Stiftung Haus des deutschen Ostens in das Ressort Grundmanns. Ähnlich wie der Kuratoriumsvorsitzende Deppermann ohne eigenen biographischen Bezug zum Thema Vertreibung, hat der durch sein Engagement in der christlichen Arbeitnehmerbewegung geprägte Krefelder Grundmann (Jahrgang 1925) sich doch seither den Anliegen der Stiftung in besonderer Weise verschrieben.

Die vorrangige Aufgabe der Verantwortlichen der Stiftung bestand zunächst in der Verwirklichung des von vornherein geplanten Baus eines für die Stiftungszwecke geeigneten Hauses. Die Landeshauptstadt Düsseldorf – bis 1959 unter Führung von Georg Glock (SPD), dann von Willi Becker (SPD) als Oberbürgermeister – stellte ein verkehrsgünstig gelegenes Grundstück in der Bismarckstraße zur Verfügung. Dort war noch eine der letzten vom Bombenkrieg gerissenen Lücken zu schließen.


Prof. Dr. Ernst Birke

Am Beginn der konkreten Bauplanung stand die Ausschreibung eines Architektenwettbewerbs, der mit rund 60 eingereichten Vorschlägen auf große Resonanz stieß. Den Zuschlag erhielt nach einem langwierigen Auswahlprozess schließlich der Entwurf des Stuttgarter Architekten Walter Kroner. Auf Wunsch Kroners wurde dessen Düsseldorfer Kollege Bruno Lambart in die Bauausführung einbezogen. Lambart erwarb sich den Ruf eines Spezialisten für die bauliche Gestaltung von Bildungseinrichtungen. Später baute er unter anderem die Bochumer Universitätsbibliothek.

So wurde ein Entwurf umgesetzt, der sich hervorragend in das moderne Nachkriegs-Düsseldorf einfügte: Ein nüchterner, auf jedweden Zierrat verzichtender, in jeder Beziehung geradliniger Funktionsbau, der auf (architektur-)geschichtliche Reminiszenzen verzichtete. Ein Blick auf die Zusammensetzung der Jury, die letztlich für Kroner votierte, lässt erahnen, wer sich hier durchsetzte, nämlich Friedrich Tamms, dessen opus magnum, die Berliner Allee, parallel zu den Bauplanungen für das Haus des deutschen Ostens der Vollendung entgegenging (am 23. September 1960 unter Mitwirkung des damaligen Regierenden Bürgermeisters von West-Berlin Willy Brandt (SPD) dem Verkehr übergeben). Vielleicht ist es Zufall, dass auf einem überlieferten Foto des Preisgerichts Tamms und dessen Architektenkollege Hans Peter Poelzig lächelnd nebeneinander stehen. Der in Breslau (heute Wrocław/Polen) geborene Sohn des berühmten Hans Poelzig gehörte der gleichen Generation wie Tamms an, baute gleichzeitig das moderne Schulzentrum im nahen Hilden – die beiden verstanden sich, das sieht man.

Am 16. September 1960 fand die feierliche Grundsteinlegung in der Bismarckstraße statt. Eine darin platzierte Urkunde hielt das zentrale Motto fest, unter dem die Arbeit des Hauses fortan stehen sollte: »Keine Stätte der Absonderung, sondern eine Stätte der Begegnung! Nicht nur eine Stätte der Erinnerung, sondern eine Stätte der Zukunft!« Eine Verpflichtung, an der sich bis heute nichts geändert hat.

Aufgrund von technischen Schwierigkeiten verzögerte sich die Fertigstellung des großzügigen Baus zum Sommer 1963. Bei der feierlichen Eröffnung am 22. Juni 1963 konnte der Kuratoriumsvorsitzende Deppermann auch Ministerpräsident Dr. Meyers begrüßen. Meyers war bei der Landtagswahl gut ein Jahr zuvor im Amt bestätigt worden, allerdings hatte die CDU ihre absolute Mehrheit von 1958 wieder verloren und die SPD war dicht an sie herangerückt (46,4 gegenüber 43,3 % der abgegebenen Stimmen). Im Kabinett hielt der weiterhin als Sozialminister amtierende Konrad Grundmann seine Hand über das nunmehr eröffnete »Haus des deutschen Ostens«.

## Die ersten Direktoren (1963–1967)

Das baulich vollendete Haus musste nun mit Leben erfüllt werden. Diese Aufgabe oblag insbesondere dem Direktor des Hauses, der auf Vorschlag des Vorstandes vom Kuratorium bestellt wurde. Der erste Amtsinhaber war Prof. Dr. Ernst

Birke, der bereits einige Monate vor Beendigung der Bauarbeiten, nämlich im Januar 1963 berufen wurde.

Die Bestellung des Historikers Birke erfolgte ungeachtet einer erheblichen Belastung durch dessen frühere Funktionen im NS-Regime. Birke, der 1908 in Görbersdorf (Niederschlesien, heute Sokołowsko/Polen) geboren wurde, war seit 1932 NSDAP-Mitglied und bis 1945 ein wichtiger Mitarbeiter Hermann Aubins gewesen. Aubin, seinerseits Historiker und langjähriger Lehrstuhlinhaber an der Universität Breslau, aber war eine der Schlüsselfiguren der regimenahen deutschen »Ostforschung« – welche den monströsen Plänen des NS-Regimes zur angeblich notwendigen »Schaffung von Lebensraum im Osten« wissenschaftliche Kompetenz und Handlungsanleitungen zur Verfügung stellte. Diese beinhalteten nicht zuletzt massive Vertreibungskonzepte mit Blick auf die slawische Bevölkerung in den mittelosteuropäischen und osteuropäischen Gebieten, derer sich das NS-Regime im von ihm 1939 begonnenen Krieg bemächtigte. Nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes war Birke – wie so viele andere – im Rahmen der »Entnazifizierung« als »Mitläufer« eingestuft worden. Vorübergehend für das Marburger Herder-Institut tätig, wechselte Birke nun nach Düsseldorf.

Otto Heike

Dort arbeitete der erste Direktor der Stiftung nicht zuletzt mit dem neuen Kuratoriumsvorsitzenden zusammen. Nach dem Tod Erich Deppermanns wenige Wochen nach der Eröffnung des Hauses wurde Ernst Günther Herzberg in dieses Amt gewählt. Der aus dem westpreußischen Schneidemühl (heute Piła/Polen) gebürtige Herzberg gehörte seit 1958 der FDP-Fraktion im Landtag an und blieb an der Spitze des Kuratoriums bis zu seiner Berufung als Staatssekretär in das nordrhein-westfälische Kultusministerium Anfang 1967.

Indessen war das Haus noch nicht im vollen Sinne »fertig«. Insbesondere die Bibliothek, die ein Herzstück der gesamten Einrichtung werden sollte, befand sich noch im Aufbau. Sie konnte im Oktober 1966 der Öffentlichkeit zugänglich gemacht werden. Inzwischen hatte ein erster Wechsel im Amt des Stiftungsdirektors stattgefunden. Der Historiker Birke erhielt einen Ruf auf eine Professur an der damaligen Pädagogischen Hochschule Kettwig und kehrte in den Hochschuldienst zurück. Im Oktober 1965 folgte ihm daher Konrad Kuschel als Direktor; Kuschel, 1923 im niederschlesischen Münsterberg (heute Ziębice/Polen) geboren, hatte nach seiner Kriegsteilnahme seit 1946 in Münster Publizistik, Geschichte und Öffentliches Recht studiert). Später hatte er als Redakteur der »Westfälischen Nachrichten« gearbeitet. Der verhältnismäßig junge neue Direktor, der das journalistische Metier kannte, setzte sich insbesondere zum Ziel, mehr öffentliche Aufmerksamkeit auf die Stiftung und ihre Tätigkeit zu lenken. Indes verstarb Konrad Kuschel völlig überraschend nur wenige Monate nach seinem Amtsantritt im April 1966, noch keine 43 Jahre alt.

Die noch junge Stiftung mit ihrem neuen Haus, dessen Veranstaltungsprogramm gestaltet und weiterentwickelt werden musste, befand sich damit unversehens in einer Notlage. Die ständige operative Leitung konnte durch den ehrenamtlich tätigen Vorstand nicht geleistet werden. In dieser Situation nahm es Otto Heike auf sich, kurzfristig die Aufgaben des Direktors zu übernehmen. Heike, 1901 in Łódź (damals Russisches Kaiserreich, heute Polen) geboren, war soeben als Regierungsdirektor aus dem nordrhein-westfälischen Sozialministerium in den verdienten Ruhestand verabschiedet worden. Durch seine Biographie kannte Heike bestens insbesondere das deutsch-polnische und auch das deutsch-russische Spannungsfeld. Er wurde in sehr einfache Verhältnisse in einer deutschen Handwerkerfamilie in Łódź hineingeboren, als die Stadt noch zum Zarenreich gehörte. Heike erlernte den Beruf des Schriftsetzers, begann aber schon in jungen Jahren sich auch politisch zu engagieren. Seit dem Ende des Ersten Weltkriegs gehörte Łódź zum wiedergegründeten polnischen Staat, Heike wurde somit polnischer Staatsbürger. Im Polen der Zwischenkriegszeit trat er der Deutschen Sozialistischen Arbeiterpartei Polens bei, der sozialdemokratischen Partei, welche die Interessen der deutschen Minderheit in Polen vertrat. Heike hatte sich inzwischen weitergebildet, war Journalist geworden, hatte aber auch bereits begonnen, zur Geschichte seiner Heimatregion zu forschen. Seither und bis ins hohe Alter hat er dazu eine Vielzahl

von wissenschaftlichen Veröffentlichungen vorgelegt. Am Ende des Zweiten Weltkriegs musste Otto Heike Łódź verlassen; seit 1948 war er in Hannover im Umfeld Kurt Schumachers für die SPD tätig. 1956 wechselte Heike zum nordrhein-westfälischen Sozialministerium, wo er für die Belange der Flüchtlinge und Vertriebenen zuständig war. Zugleich bemühte er sich intensiv um die Sammlung und Bewahrung von Kulturgütern aus den deutschen Siedlungsgebieten in Ostmittel- und Osteuropa. Insofern war er auch kurzfristig in der Lage, die Leitung der Stiftungstätigkeit zu übernehmen und Programmakzente zu setzen. Klar war allerdings, dass es sich – schon mit Rücksicht auf Otto Heikes Alters – lediglich um eine Übergangslösung handeln konnte.

Am Ende der ersten Dekade der Geschichte der Stiftung stand auch wieder ein landespolitischer Umschwung: Bei der Landtagswahl vom 10. Juli 1966 war erstmals mit 49,5 % der abgegebenen Stimmen die SPD vor der CDU (42,8 %) stärkste politische Kraft im Land geworden. Ministerpräsident Meyers regierte gleichwohl zunächst mit seinem bisherigen Koalitionspartner, der FDP (7,4 % der abgegebenen Stimmen), weiter, allerdings mit einer nur hauchdünnen Mehrheit im Landtag. Das zuvor schon fragile Bündnis zwischen Union und Liberalen zerbrach indessen bereits im Dezember 1966 und Meyers wurde durch ein konstruktives Misstrauensvotum gestürzt. Der an seiner Stelle gewählte Heinz Kühn bildete daraufhin mit Unterstützung der FDP die zweite sozialdemokratisch geführte Landesregierung in Nordrhein-Westfalen. Die Stiftung Haus des deutschen Ostens kam damit in den Geschäftsbereich des neuen Sozialministers Werner Figgen (SPD).

Konrad Grundmann

Auch in der hier beschriebenen frühen Phase der Existenz des Hauses wurde bereits ein anspruchsvolles Ausstellungs- und Vortragsprogramm geboten. Nicht wenige Veranstaltungen waren dem besseren Verständnis der aktuellen Situation in den Ländern Ost- und Ostmitteleuropas gewidmet. Dabei handelte es sich gerade in Anbetracht der weitgehenden Abschottung der Länder des damaligen »Ostblocks« um eine besonders bedeutende Bildungsaufgabe. Daneben wurde immer wieder das Werk bedeutender ostdeutscher Autorinnen und Autoren gewürdigt. So gab es im Laufe des Jahres 1966 Beiträge zu Jochen Klepper, Edzard Schaper, Gerhart Hauptmann, Hermann Löns oder Max Hermann-Neiße. Zeitgeschichtliche Fragen wurden etwa im Rahmen eines speziellen Jugendseminars angeboten, beispielsweise ein Diskussionsabend zum Thema »Die Übersteigerung des Nationalbewusstseins im Nationalsozialismus« (25. März 1966). Ein anderer Vortrag thematisierte den »Ostdeutschen Anteil an der Widerstandsbewegung des 20. Juli 1944« (20. Juli 1966). Dass es manche Kontinuität gibt, zeigt auch folgender Umstand: Am 25. Februar 1967 referierte Prof. Dr. Hans Joachim Schoeps zum 20. Jahrestag der Auflösung Preußens unter der Überschrift »Was war das alte Preußen?«. Damit hatte das Haus einen führenden Experten zu diesem Thema gewonnen – so wie beinahe auf den Tag genau 40 Jahre später mit Prof. Dr. Frank-Lothar Kroll, der mit ähnlicher Themenstellung die Preußen-Reihe des Jahres 2007 anlässlich des 60. Jahrestages der Auflösung des preußischen Staates eröffnete.

An der Spitze der Stiftung herrschte ein hohes Maß an Kontinuität: Das Amt des Kuratoriumsvorsitzenden hatte von 1967 bis 1976 Paul Scholz inne, der seit 1963 der CDU-Landtagsfraktion angehörte und zeitweilig auch als Vorsitzender des Flüchtlings- und Vertriebenenausschusses fungierte. Scholz, Jahrgang 1915, stammte aus Duisburg, hatte aber aus beruflichen Gründen vor 1945 längere Zeit in Breslau gelebt.

Nach Scholz übernahm Konrad Grundmann die Leitung des Kuratoriums. Inzwischen war Grundmann zwar infolge der Bildung der ersten Landesregierung unter Heinz Kühn aus dem nordrhein-westfälischen Kabinett ausgeschieden, blieb der Stiftung, an deren Entstehung er wesentlichen Anteil hatte, aber unverändert eng verbunden. Als CDU-Landtagsabgeordneter (bis 1985) war er stets ein wichtiger Vermittler zum Landesparlament und zur Regierung. Als Grundmann 1981 den langjährigen Vorstandsvorsitzenden der Stiftung, Dr. Alois Raab, ersetzte, folgte ihm der sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Karl Trabalski als Kuratoriumsvorsitzender. Der 1923 in Leipzig geborene Trabalski war 1951 als politisch Verfolgter aus der DDR geflohen und ins Rheinland gekommen. Von 1966 bis 1990 gehörte der studier-

te Betriebswirt dem Landtag in Düsseldorf an. In den seit Ende 1966 SPD-geführten Landesregierungen unter den Ministerpräsidenten Heinz Kühn (1966–1978) und Johannes Rau (1978–1998) wurde die Stiftung weiterhin durch das Arbeits- und Sozialministerium betreut. Die Minister Werner Figgen (1966–1975), Friedhelm Farthmann (1975–1985) und Hermann Heinemann (1985–1992) (alle SPD) kümmerten sich um die Stiftungs-Belange.

## Die Ära Oskar »Ossi« Böse (1967–1988)

Im Amt des Geschäftsführers bzw. Direktors der Stiftung fand zunächst noch ein rascher Wechsel statt. Fest stand ja von Anfang an, dass Otto Heike schon aus Altersgründen lediglich für eine Übergangszeit diese Funktion wahrnehmen würde. Im Februar 1967 konnte er dann seinen wohlverdienten Ruhestand wirklich antreten, denn mit Oskar Böse wurde ein neuer Direktor berufen, der die Geschäftsführung der Stiftung nicht nur für eine kurze Zeit innehaben sollte. Schließlich amtierte er für mehr als zwei Jahrzehnte, so dass ohne Übertreibung von einer »Ära Böse« in der Geschichte von Haus und Stiftung gesprochen werden kann. Böse brachte hervorragende Voraussetzungen mit: Geboren 1924 in Seifersdorf bei Reichenberg im Sudetenland (heute Liberec/Tschechische Republik) – also als tschechoslowakischer Staatsbürger deutscher Nationalität –, war er 1946 aus tschechischer Kriegsgefangenschaft nach Westdeutschland gekommen. Im Anschluss an seine Berufsausbildung im bayerischen Ingolstadt leistete er Pionierarbeit beim Aufbau der Tagungsstätte des Sudetendeutschen Sozial- und Bildungswerkes in Bad Kissingen. Der »Heiligenhof« besteht als erfolgreiche Bildungseinrichtung noch heute. Oskar Böse hat ihn allerdings schon 1960 verlassen und ging als Geschäftsführer des Hauptausschusses für Vertriebene und Flüchtlinge beim bayerischen Sozialministerium nach München. Von dort wurde er nach Düsseldorf berufen.

Oskar Böse

Es mag beiläufig erscheinen, und doch ist es nicht ganz unwichtig: Bereits wenige Wochen nachdem der neue Direktor sein Amt angetreten hatte, veröffentlichte das Haus des deutschen Ostens sein Programm erstmals in gedruckter Form (Mai 1967). Zuvor hatte es nur bescheidene hektographierte Zettel gegeben. Nicht allein der äußeren Form nach (die bis zum Februar 1989 unverändert blieb), sondern vielmehr auch inhaltlich war es Oskar Böse, der dem Programm und der Tätigkeit des Hauses ein eigenes und beständiges Profil verlieh. Die Herausforderung für ihn bestand nicht zuletzt darin, das Haus als Bildungsstätte auf hohem Niveau und als Ort der Begegnung erst wirklich zu etablieren – und das in der hinsichtlich des kulturellen (Konkurrenz-)Angebotes nicht gerade armen Landeshauptstadt.

Auffällig ist, dass der Blick bei der Programmgestaltung von vornherein keineswegs nur auf »Vertriebenenthemen« im engeren Sinne gerichtet war. So referierte im Juni 1967 der an verschiedenen US-amerikanischen Universitäten lehrende Fritz K. Ringer über »Das Deutschlandbild in den Vereinigten Staaten«. Am 2. Mai 1969 sprach der aus Siebenbürgen stammende »Vater der Raketenforschung« Hermann Oberth über den »Sinn der Weltraumfahrt heute« – wenige Wochen vor der ersten bemannten Mondlandung durch »Apollo 11« am 20. Juli. Vielfältige andere Themen allgemeinen Interesses folgten.

Im Dezember 1966 war – infolge der Aufkündigung der nach der Bundestagswahl vom September 1965 gebildeten bisherigen Koalition seitens der FDP – die erste »Große Koalition« aus CDU/CSU und SPD formiert worden. Zwar deutete sich unter Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger (CDU), an dessen Seite nun Willy Brandt (SPD) als neuer Außenminister und Vizekanzler trat, bereits eine vorsichtige Neubestimmung der auf die ost- und ostmitteleuropäischen Staaten gerichteten Politik an, gleichwohl galt einstweilen grundsätzlich noch die unter Konrad Adenauer definierte »Hallstein-Doktrin«. Demnach unterhielt die Bundesrepublik zu keinem Staat, welcher die DDR offiziell anerkannt hatte, diplomatische Beziehungen. Dies bedeutete, dass in kein Land des »Warschauer Paktes« beziehungsweise des »Ostblocks« bundesrepublikanische Botschafter entsandt wurden – mit Ausnahme der Sowjetunion, deren Sonderstellung als östlicher Führungsmacht Adenauer mit der Aufnahme formeller Beziehungen bereits 1955 Rechnung getragen hatte. Der sprichwörtliche »Eiserne Vor-

hang«, der – nach einer Formulierung Winston Churchills vom Frühjahr 1946 – infolge des Vordringens der Roten Armee bis an die Elbe am Ende des Zweiten Weltkrieges in der Mitte Europas niedergegangen war, war nach wie vor weitgehend undurchlässig.

Für umso wichtiger hielt es der neue Direktor Böse im Rahmen des Programms die vorhandenen Möglichkeiten auszuschöpfen, einen Blick hinter diesen »Vorhang« zu werfen. In der sich dort widerspiegelnden »kleinen« Ostpolitik wurden insbesondere informelle Kontakte oder auch private Besuchsreisen genutzt, um das Beziehungsgeflecht nach Ost- und Ostmitteleuropa nicht ganz abreißen zu lassen. Dazu wurden beispielsweise auch die Verbindungen zu exil-polnischen Vereinigungen gepflegt oder Gastreferenten aus dem damaligen Jugoslawien und Rumänien eingeladen. Die dramatischen Vorgänge des »Prager Frühlings« von 1968 blieben ebenfalls nicht ohne Widerhall; im Mai dieses Jahres berichtete Kristof Greiner, der Vorsitzende des Slowakischen Nationalrates in der Bundesrepublik (ebenfalls eine Exilorganisation), über »Die neueste Entwicklung in der Tschechoslowakei«. Dabei dürften er und seine Zuhörer vom blutigen Ende, das den Reformbestrebungen in der damaligen CSSR im August 1968 durch Truppen des Warschauer Paktes gesetzt wurde, noch nichts geahnt, dergleichen allenfalls befürchtet haben. Der Blick wurde aber auch auf die Sowjetunion gerichtet; so wurde etwa im März 1974 Alexander Solschenizyns kurz zuvor erschienenes, ebenso grandioses wie beklemmendes Buch »Archipel Gulag« vorgestellt. In der Diskussionsrunde dazu befand sich unter anderem der gebürtige Oberschlesier und Schriftsteller Horst Bienek, der zu Beginn der 1950er-Jahre selbst als politischer Häftling das sowjetische Straflager Workuta durchlitten hatte. Solschenizyn, 1970 mit dem Literaturnobelpreis ausgezeichnet, war knapp vier Wochen zuvor zwangsweise aus der UdSSR ausgebürgert worden.

Dr. Joachim Sobotta

Es versteht sich von selbst, dass die »Neue Ostpolitik« der im Anschluss an die Bundestagswahl vom September 1969 gebildeten Bundesregierung der ersten sozialliberalen Koalition unter Führung von Willy Brandt (SPD) und Walter Scheel (FDP) besondere Aufmerksamkeit im Programm der Stiftung fand. So diskutierten – unter der Leitung des Chefredakteurs der »Rheinischen Post« Dr. Joachim Sobotta – im September 1970 die Bundestagsabgeordneten Wolfram Dorn (FDP), Werner Marx (CDU) und Karl Wienand (SPD) mit dem Kölner Osteuropa-Historiker Prof. Dr. Boris Meissner über die jüngste Entwicklung, die rund zwei Monate später zum Abschluss des »Warschauer Vertrages« mit der damaligen Volksrepublik Polen führte. Der berühmte »Kniefall« Willy Brandts am Tag der Vertragsunterzeichnung (7. Dezember 1970) vor dem Ehrenmal für das jüdische Ghetto in Warschau sollte die Gemüter in der ohnehin hoch emotionalisierten Debatte über das Für und Wider der Neubestimmung des außenpolitischen Kurses der Bundesrepublik zusätzlich erhitzen. Die weiteren Etappen der Ostpolitik wurden im Programm der Stiftung aufmerksam verfolgt und diskutiert. Dies vielfach auch weiterhin unter Mitwirkung von Dr. Joachim Sobotta, soweit dies seine beruflichen Verpflichtungen zuließen. Sobotta wurde 1932 im niederschlesischen Glatz (heute Kłodzko/Polen) geboren. Er gelangte als Heranwachsender mit einem Vertreibungstransport nach Niedersachsen. 1951 begann er seine journalistische Laufbahn zunächst bei der »Westdeutschen Allgemeinen Zeitung«, seit 1963 arbeitete er für die »Rheinische Post«, deren Chefredakteur er 1969 wurde und bis zu seiner Verabschiedung in den Ruhestand 1997 blieb. Viele Jahre wirkte er auch als Kuratoriumsmitglied für die Stiftung.

Nicht zu vergessen ist, dass der Stiftung satzungsgemäß »bis zur Wiedervereinigung« neben der Pflege von Kultur und Geschichte der ehemals deutschen Ostgebiete auch die Aufgabe gestellt war, dies auch hinsichtlich der »SBZ-Flüchtlinge und Mitteldeutschland[s]« zu tun. Das bedeutete einerseits, dass die Bibliothek des Hauses einen entsprechenden, schließlich sehr umfangreichen Sammlungsbereich anlegte. Andererseits wurden Fragen im Zusammenhang mit der Entwicklung in der DDR beziehungsweise der Deutschlandpolitik immer wieder in Vorträgen und anderen Veranstaltungen aufgenommen. So kam im Juni 1968 unter der Überschrift »Wiedervereinigung … eine Illusion?« eine wahrhaft prominent besetzte Diskussionsrunde zusammen: Auf dem Podium saßen neben dem amtierenden Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen Heinz Kühn (SPD),

Rainer Barzel, damals Fraktionsvorsitzender der CDU/CSU im Deutschen Bundestag, Erich Mende, der für die Freien Demokraten im unionsgeführten Koalitionskabinett Erhard Minister für Gesamtdeutsche Fragen gewesen war, und schließlich Wolfgang Leonhard, seit seiner Flucht aus der Sowjetischen Besatzungszone knapp vor der Gründung der DDR einer der renommiertesten Experten für die politischen Entwicklungen dort und in der Sowjetunion. Zahlreiche weitere Veranstaltungen, die innerdeutsche Fragen zum Gegenstand hatten, folgten. Zum Beispiel fand im Mai 1973 ein Vortrag über »Wolf Biermann als politischer Liedermacher« statt, knapp drei Jahre bevor Biermanns Zwangsausbürgerung aus der DDR Schlagzeilen machte.

Nicht minder wichtig war es, einen Beitrag zur weiteren Integration der über zwei Millionen Vertriebenen in Nordrhein-Westfalen zu leisten. Zweifellos war es im Oktober 1967 erhellend und für das gegenseitige Verständnis der Zuhörer förderlich, woher auch immer sie kamen, von drei Referenten zunächst über »Die Eigenarten der ostdeutschen Stämme«, dann »Die Mentalität der Deutschen in Südosteuropa« und schließlich über »Die rheinische Mentalität« unterrichtet zu werden. Die von der Stiftung betreute Wander-Ausstellung »Leistung und Schicksal« über die Geschicke der Heimatvertriebenen wurde viele Jahre lang nicht allein in einer Vielzahl von nordrhein-westfälischen Städten, sondern darüber hinaus auch in ungezählten Orten des sonstigen Bundesgebietes gezeigt. Dazu kamen zahlreiche Studienfahrten, Lesungen, Konzerte, Filmvorführungen und Ausstellungen unterschiedlicher Art.

Johannes Rau

Die Bühne des Eichendorff-Saales wurde vielfach auch zu Theatervorstellungen für Kinder und Erwachsene genutzt. Der Saal bildete auch den Rahmen für festliche Preisverleihungen – beispielsweise erhielt im Juni 1971 Wolfgang Koeppen den Andreas-Gryphius-Preis (Ostdeutscher Literaturpreis) aus den Händen des amtierenden nordrhein-westfälischen Sozialministers Werner Figgen. Koeppen war nur einer aus der großen Schar der namhaften Autorinnen und Autoren der deutschen Gegenwartsliteratur, die ins Haus kamen. Zu nennen sind etwa auch Peter Huchel, Uwe Johnson, Walter Kempowski, Manfred Bieler, Arno Surminski, Erich Loest, Christian Graf von Krockow, Leonie Ossowski, Rose Ausländer oder Ingeborg Drewitz.

Zu den vielfältigen Tätigkeitsfeldern von Oskar Böse gehörte schließlich unter anderem auch die Mitarbeit im Programmbeirat des WDR. Die Sendung »Alte und neue Heimat« wurde teilweise direkt aus dem Stiftungsgebäude gesendet; die Zeitschrift »Gemeinsamer Weg« wurde mit seiner Hilfe gegründet.

Das 1963 eingeweihte Haus war zudem bei Böses Amtsantritt nicht so »fertig« wie es wünschenswert war, deshalb fielen in seine Geschäftsführung auch verschiedene wichtige bauliche Veränderungen. Schon 1970 wurden das Restaurant im Erdgeschoß (das legendäre »Rübezahl«) und der Eingangsbereich umgestaltet, in den folgenden Jahren erfuhren der Eichendorff-Saal sowie die anderen Tagungsräumlichkeiten eine Neugestaltung. Im Jahre 1982 wurde ein auf den ersten Blick womöglich banal erscheinendes Versäumnis beseitigt, als nämlich ein eigener Trakt mit Sanitäranlagen angebaut wurde. Denn die ursprüngliche Zahl der zur Verfügung stehenden Toiletten war für ein Haus mit hoher Publikumsfrequenz einfach viel zu gering. Ein äußerlich markantes Erinnerungsstück an die Ära Böse stellt bis heute das auf seine Anregung hin 1985 geschaffene Glockenspiel an der Straßenfront des Stiftungsgebäudes dar. Es spielt zwei Mal täglich verschiedene bekannte Melodien ostdeutscher Herkunft und macht die Stiftung und ihre Anliegen so beständig weithin »hörbar«. Fast zeitgleich mit der Einweihung des Glockenspiels wurde die hauseigene Artothek eröffnet, welche den Zugang zum bedeutenden, seither noch ausgebauten Bestand des Hauses an Kunstgegenständen unterschiedlicher Art ermöglichte.

Die Feierlichkeiten zum 25-jährigen Bestehen des HDO im Juni 1988, bei denen Ministerpräsident Johannes Rau als Festredner fungierte, bildeten den letzten Höhepunkt in Oskar Böses Amtszeit. Nach 21 Jahren als Geschäftsführer der Stiftung trat er in den Ruhestand, blieb jedoch Stiftung und Haus eng verbunden bis er 2016 hochbetagt verstarb. Für seine unermüdlichen Bestrebungen erhielt er 1990 das Große Verdienstkreuz des Verdienstordens der Bundesrepublik Deutschland.

## Literatur und viel mehr – Das Haus unter Leitung von Dr. Walter Engel (1988–2006)

Der Stabwechsel im Haus des Deutschen Ostens von Oskar Böse zum neuen Direktor Dr. Walter Engel, der im Oktober 1988 dessen Nachfolge antrat, fiel in eine Zeit, die bewegter sein sollte als die meisten Zeitgenossen von damals wohl zunächst annahmen. Dass indes der »neue Mann« auch neue Akzente setzen würde, lag von vornherein auf der Hand.

Geboren 1942 in Deutschsanktmichael (Sânmihaiu German) im Banat (Rumänien), hatte Walter Engel nach dem Schulbesuch in Temeswar (Timişoara) deutsche und rumänische Sprach- und Literaturwissenschaft studiert. Nach Beschäftigungen als Lehrer und Kulturredakteur der »Hermannstädter Zeitung« war er seit 1972 als Wissenschaftlicher Assistent und Dozent im Fachbereich Germanistik an der Universität Temeswar tätig. Die zunehmende Einschränkung der Betätigungsmöglichkeiten der deutschen Minderheit und der seitens der kommunistischen Diktatur unter Nicolae Ceauşescu ausgeübte Druck bewogen ihn, mit seiner Familie einen Ausreiseantrag in die Bundesrepublik Deutschland zu stellen. Die Übersiedlung konnte schließlich 1980 erfolgen. Engel wurde 1981 an der Universität Heidelberg promoviert und erweiterte anschließend seine fachlichen Kompetenzen mit einer Ausbildung zum wissenschaftlichen Bibliothekar in Heidelberg und Frankfurt/M., wo er Mitarbeiter der Universitätsbibliothek wurde. Im Anschluss daran sammelte er Erfahrungen in der Kulturarbeit als Leiter der Kulturabteilung im Amt für Wissenschaft und Kunst der Stadt Frankfurt am Main. Von dort kam er nach Düsseldorf.

Dr. Walter Engel

Dass der neue Direktor, bedingt durch Herkunft und Ausbildung, andere Perspektiven einbringen würde, war folglich klar. Dass sich aber auch die politischen Rahmenbedingungen für die weitere Tätigkeit der Stiftung in kurzer Zeit so dramatisch ändern sollten, damit hat wohl kaum jemand gerechnet. Immerhin: Ost- bzw. Ostmitteleuropa war unverkennbar in Bewegung. In der damaligen Volksrepublik Polen war im Dezember 1981 der Kriegszustand verhängt worden, nachdem die kommunistischen Machthaber vergeblich versucht hatten, die kurz zuvor gegründete unabhängige Gewerkschaft Solidarność zu unterdrücken. Seit dem Sommer 1988 sah sich die polnische Regierung gezwungen, mit Gewerkschaftsvertretern über deren Forderungen nach Reformen zu verhandeln. Dies hatte nicht zuletzt damit zu tun, dass in der Zwischenzeit auch die kommunistische Hegemonialmacht Sowjetunion einen neuen Kurs eingeschlagen hatte. Im März 1985 war der damals 54-jährige Michail S. Gorbatschow neuer Generalsekretär der Kommunistischen Partei der UdSSR geworden. Gorbatschow gab bald »Glasnost« und »Perestroika« als neue Schlagworte für die von ihm angestrebte Reformpolitik aus. Aus der Einsicht heraus, dass die Sowjetunion, geschwächt durch das militärische Desaster, in das ihr Einmarsch in Afghanistan (Dezember 1979) geführt hatte, die Blockkonfrontation des Kalten Krieges so nicht mehr fortführen konnte, suchte der Generalsekretär neue Wege zur Verständigung mit dem Westen. Erzwungen wurde dieser Kurswechsel nicht zuletzt durch den seit 1981 amtierenden US-Präsidenten Ronald Reagan. Reagan hatte mit den von ihm aufgelegten gigantischen Rüstungsvorhaben die UdSSR zu ähnlichen Anstrengungen veranlasst, die diese an den Rand ihrer ökonomischen Leistungsfähigkeit brachten. Gorbatschow ging es also auch darum, einen drohenden wirtschaftlichen Kollaps zu verhindern.

Ungeahnte Konsequenzen hatte die beginnende Erosion des Ostblocks nicht zuletzt für Deutschland. Auch wenn SED-Generalsekretär Erich Honecker noch im Juni 1989 vollmundig verkündete, die Berliner Mauer werde noch weitere »50 oder 100 Jahre« bestehen bleiben, sollte die bevorstehende Feier zum 40. Jahrestag der Gründung der DDR (7. Oktober 1989) die letzte dieser Art werden. Die damalige Tschechoslowakei und Ungarn ermöglichten nach einigem Zögern schließlich die sich seit dem Sommer 1989 drastisch ausweitende Massenflucht von DDR-Bürgern, die sich dort versammelt hatten. In der Nacht vom 10. auf den 11. September 1989 ließ die ungarische Regierung die Grenze nach Österreich für die im Lande befindlichen DDR-Bürger öffnen. Binnen weniger Tage verließen mehr als 12.000 Menschen Ungarn in Richtung Bundesrepublik. Die tschechoslowakische Regierung erlaubte am 30. September die Ausreise von

mehreren Tausend DDR-Bürgern, die sich in die Botschaft der Bundesrepublik in Prag geflüchtet hatten. Als wenige Tage später die Züge mit diesen Menschen durch die DDR – darauf hatten die SED-Machthaber in Ost-Berlin bestanden – Richtung Westen rollten, begann dort eine Welle von Massendemonstrationen, die das Regime schließlich hinwegfegten. In der Nacht vom 9. auf den 10. November 1989 erfolgte die Öffnung der Berliner Mauer. Kein Jahr später gehörte die DDR der Geschichte an.

Deutschland blieb indessen fest in die europäische und transatlantische Staatengemeinschaft eingebunden. Dies machte insbesondere der am 12. September 1990 unterzeichnete Zwei-Plus-Vier-Vertrag (»Vertrag über die abschließende Regelung in Bezug auf Deutschland«) deutlich. Beteiligt waren daran die einstigen Siegermächte des Zweiten Weltkrieges USA, Großbritannien, Frankreich und Sowjetunion sowie die beiden deutschen Staaten, vertreten durch den amtierenden Bundeskanzler Dr. Helmut Kohl (CDU) und den einzigen frei gewählten, letzten Ministerpräsidenten der DDR Lothar de Maizière (CDU). Der Vertrag beinhaltete nicht zuletzt die endgültige Anerkennung der deutschen Ostgrenze an Oder und Lausitzer Neiße und sanktionierte damit in völkerrechtlich verbindlicher Form die 1945 faktisch eingetretene territoriale Situation in Europa. Der Abschluss des Zwei-Plus-Vier-Vertrages war eine der Voraussetzungen für den am 3. Oktober 1990 vollzogenen Beitritt der fünf neuen Bundesländer zur Bundesrepublik Deutschland und damit das definitive Ende der DDR.

Karl Trabalski

Am Haus des deutschen Ostens, das in seiner Arbeit per se eine gesamtdeutsche und eine nach Ostmitteleuropa gerichtete Perspektive verfolgte, konnte diese Entwicklung nicht spurlos vorübergehen. Die Teilnehmer der Studienfahrt in die DDR (mit Stationen u. a. in Eisenach, Erfurt, Weimar und Dresden), welche die Stiftung im März 1989 veranstaltete, mögen vielleicht die beginnende Unruhe im Lande gespürt haben. Dass die DDR so bald danach verschwunden sein würde, haben sie wohl kaum vermutet. Vorsichtig waren auch noch die Prognosen, als Ernst Eichengrün, Vizepräsident des Gesamtdeutschen Instituts in Bonn, im April 1989 über die Entwicklung in der DDR referierte. Nach der dann überraschend schnell vollzogenen Vereinigung im Oktober 1990 fanden zahlreiche Vortrags- und andere Veranstaltungen der Stiftung statt, die darauf gerichtet waren, dem Publikum die Situation in den neuen Bundesländern besser verständlich zu machen.

Beispielhaft sei eine Anfang 1995 gezeigte Ausstellung zur Rolle des Staatsicherheitsdienstes in der DDR genannt, die auch durch einen Vortrag seitens eines Mitarbeiters des Bundesbeauftragten für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) (damals nach ihrem ersten Leiter rasch »Gauck-Behörde« genannt).

Neben dem auf die innerdeutsche Entwicklung gerichteten Blick fanden auch die Vorgänge in Ost- und Ostmitteleuropa in der Programmgestaltung Niederschlag. Im März 1990 analysierte Prof. von der Osten die Situation in der Sowjetunion. Nach dem gescheiterten Putsch im August 1991 wurde die UdSSR zum Jahresende schließlich für aufgelöst erklärt.

Seit dem November 1989 wurde eine von Walter Engel konzipierte neuartige Veranstaltung ständiger Bestandteil des Programms der Stiftung: das »Literaturforum Ost-West«. Dieses wurde auf spezifische Weise eine Art Seismograph für den weiteren Umbruch in den ost- und ostmitteleuropäischen Ländern – vom Ende der kommunistischen Regime bis hin zur heutigen Integration in die Europäische Union. Wenn auch im Mittelpunkt die Literaturbeziehungen mit Deutschland standen, so konnten politische Gespräche mit den Gästen in den folgenden Jahren doch nicht ausbleiben. Seit 1989 versammelten sich zum Literaturforum alljährlich prominente Gäste, die aus aktuellen Werken lasen und miteinander diskutierten. Den Auftakt machten 1989 Autorinnen und Autoren aus Polen (1990: aus Ungarn; 1991: aus Rumänien, 1992: aus Tschechien; 1993: aus Russland, 1994: aus der Slowakei; 1995: aus Litauen, Lettland und Estland, 1996: erneut aus Polen, 1997: erneut aus Ungarn; 1998: erneut aus Rumänien; 1999: erneut aus Tschechien; 2000: erneut aus Polen; 2001: erneut aus Russland, 2002: erneut Estland, Lettland und Litauen; 2003: erneut aus der Slowakei; 2004: aus Serbien).

Die Reihe herausragender Namen unter ihnen ist zu lang, um hier wiedergeben zu werden. Stellvertretend für alle anderen sei lediglich der spätere Literaturnobelpreisträger Imre Kertesz genannt, der im November 1997 nach Düsseldorf kam. An Stelle der vielen deutschen Autorinnen und Autoren, die im Rahmen des Literaturforums mit ihren Kolleginnen und Kollegen aus dem östlichen Teil Europas zusammentrafen, seien beispielhalber nur Erich Loest, Horst Bienek und Hilde Domin genannt. Im Jahre 2005 wurde die Veranstaltung in »Literaturforum Neues Europa« umbenannt und versammelte auch im Folgejahr Autorinnen und Autoren aus unterschiedlichen Ländern. Eine ähnliche Funktion wie das Literaturforum, jedoch stärker mit politischem Akzent, erfüllten die seit 1995 stattfindenden »Botschaftergespräche«. Den Reigen der diplomatischen Vertreter eröffnete zunächst der slowakische Botschafter, ihm folgten seither die Geschäftsträger aller ost- bzw. ostmitteleuropäischen Länder. Zum besseren Verständnis unserer Nachbarn trugen gewiss auch die alljährlich von der Stiftung organisierten Studienfahrten bei.

Reinhard Grätz

Der Umbruch in Deutschland und in Europa hatte nicht nur Rückwirkungen auf die Programminhalte der Stiftung, sondern auch auf deren Arbeit und Aufgabenstellung insgesamt. Seit Beginn der 1990er-Jahre wurden Überlegungen darüber angestellt, wie auch nach außen hin der veränderten politischen Situation Rechnung getragen werden könnte. Dies erfolgte auch auf Wunsch und in Abstimmung mit der nordrhein-westfälischen Landesregierung unter Ministerpräsident Johannes Rau (SPD). Die Diskussion verdichtete sich schließlich Ende 1992 in Form einer Satzungsänderung, die insbesondere auch mit einem Namenswechsel der Stiftung verbunden war. Mit der neuen Benennung nach dem in Schlesien geborenen und noch heute mit seinem Werk zur Weltliteratur zählenden Nobelpreisträger Gerhart Hauptmann sollte zum Ausdruck gebracht werden, dass die kulturelle Verbundenheit mit Ostmittel- und Osteuropa weiterhin gepflegt werden würde, unbeschadet der Tatsache, dass der frühere »deutsche Osten« 1945 politisch untergegangen und geographisch dauerhaft neu geordnet worden war. Die Stiftung blieb unverändert im Geschäftsbereich des nordrhein-westfälischen Sozial- und Arbeitsministeriums, bis Dezember 1992 unter Leitung von Hermann Heinemann, dann von Franz Müntefering (beide SPD).

Im Januar 1993 wurde das erste Programm unter dem neuen Namen »Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus. Deutsch-osteuropäisches Forum« veröffentlicht. Wenige Monate später fanden die Feierlichkeiten zum 40-jährigen Bestehen des Hauses in der Bismarckstraße statt. Dazu erschien auch eine Festschrift, welche eine Zwischenbilanz der bisherigen Stiftungsarbeit zog.

Anfang 1995 gab sich die Stiftung mit dem vierteljährlich erscheinenden »West-Ost-Journal« ein neues Organ, welches seither regelmäßig über die Aktivitäten des Hauses unterrichtet. In deren Rahmen kamen und kommen auch die klassischen Themenfelder, die insbesondere mit Flucht und Vertreibung aus den ehemaligen deutschen Ost- bzw. Siedlungsgebieten zu tun haben, nicht zu kurz. Schon im ersten Jahrgang des Journals fand das Gedenken an das Ende des Zweiten Weltkrieges vor 50 Jahren breiten Niederschlag. Unter anderem wurde mit Gästen aus Polen über das schwierige Thema der Vertreibung diskutiert. Bei anderer Gelegenheit berichtete Heinz Schön, selbst Augenzeuge der Katastrophe, über den Untergang der »Gustloff« im Januar 1945. Diese grauenhaften Ereignisse sollten im Vortragsprogramm noch einmal breiten Raum einnehmen, und zwar nachdem Günter Grass 2002 seine aufsehenerregende Novelle »Im Krebsgang« veröffentlicht hatte, in der die Vorgänge um das mit Flüchtlingen überfüllte Schiff eine zentrale Rolle spielen. Auch des 60. Jahrestages des Kriegsendes 2005 wurde durch verschiedene Veranstaltungen gedacht. Unter anderem sprachen Prof. Dr. Detlef Brandes (Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf), der lange dem Kuratorium der Stiftung angehört hat, über das Kriegsende in der Tschechoslowakei und die bekannte Publizistin Helga Hirsch über »Flucht und Vertreibung als Lebensthema«.

Einen Teil der Stiftungsarbeit, der seit den späten 1980er und den frühen 1990er-Jahren zunehmend an Bedeutung gewann, stellten auch die Bemühungen dar, die sich auf die Integration der zahlreichen, überwiegend aus Russland kommenden (Spät-)Aussiedler richteten und richten. Das Gerhart-Haupt-

mann-Haus beteiligte sich daran mit vielfältigen Aktivitäten. Zu nennen sind hier nicht zuletzt die seit 1994 veranstalteten Russlanddeutschen Kulturtage. Für die Beteiligung an der Integrationsarbeit wurde die Stiftung beim entsprechenden Bundeswettbewerb zwei Mal ausgezeichnet (1991 Silberplakette, 1997 Goldplakette).

Während der gesamten hier betrachteten Zeit lag die Führung der Stiftung in den bewährten Händen von Staatsminister a. D. Konrad Grundmann als Vorstandsvorsitzendem. Der langjährige Kuratoriumsvorsitzende Karl Trabalski schied 2003 aus dem Amt, an seine Stelle trat der langjährige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Reinhard Grätz. Karl Trabalski wurde für seine Verdienste um die Stiftung mit der Ernennung zum Ehrenvorsitzenden des Kuratoriums gewürdigt. Reinhard Grätz wurde 1940 im niederschlesischen Wüstegiersdorf (heute Głuszyca/Polen) geboren. Nach der Vertreibung aus Schlesien wurde er in Wuppertal ansässig. Im Anschluss an eine Berufsausbildung als Ofensetzer hat er sich zum Diplomingenieur weiterqualifiziert. Neben der Berufstätigkeit hat er sich frühzeitig als Sozialdemokrat kommunal- und landespolitisch engagiert. 1970 wurde er zum ersten Mal in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt, dem er dann nicht weniger als drei Jahrzehnte angehörte. Von 1985 bis 2009 war er zudem WDR-Rundfunkratsvorsitzender.

Prof. Dr. Winfrid Halder

# III. Ein Haus für die Zukunft

## Erneuter Stabwechsel

Dr. Walter Engel prägte als Direktor die Arbeit des Hauses kaum weniger lange als sein Amtsvorgänger Oskar Böse. Nach 18 Jahren trat er im Herbst 2006 in den verdienten Ruhestand – den er freilich nicht zuletzt nutzt, um seinen wissenschaftlichen Interessen wieder verstärkt nachgehen zu können. Mit PD Dr. Winfrid Halder wurde nach Ernst Birke wieder ein Historiker zu seinem Nachfolger bestellt. Halder wurde 1962 als Kind von aus Oberschlesien vertriebener Eltern in Dinslaken geboren und ist in Oberbayern aufgewachsen. Nach dem Geschichtsstudium in München und Freiburg i. Br. (1984–1989) ging er im Anschluss an die Promotion (1992) als Wissenschaftlicher Assistent an die TU Dresden. Dort habilitierte er sich 1999 und nahm verschiedene Lehraufträge wahr. Nach Übernahme des Direktorenpostens wurde er auch als Lehrbeauftragter an der Heinrich-Heine-Universität tätig. Diese ernannte ihn 2015 zum Honorarprofessor. 2009 folgte nach dem Tod von Konrad Grundmann dessen bisheriger Stellvertreter, der frühere CDU-Landtagsabgeordnete Helmut Harbich, im Amt des Vorstandsvorsitzenden nach. Er wurde 1932 im mährischen Schnoben in der damaligen Tschechoslowakei (heute Slavonín, Stadtteil von Olmütz/Olomouc/Tschechische Republik) geboren. Seine Familie ist sudetendeutscher Abstammung. 1946 kam er infolge der Vertreibung

mit seiner Familie an den Niederrhein. Nach dem Jura-Studium in Freiburg i. Br. und Münster war Harbich viele Jahre Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft Mönchengladbach. Dort war er auch lange kommunalpolitisch aktiv; 1975 zum ersten Mal in den nordrhein-westfälischen Landtag gewählt, gehörte er bis 2000 der CDU-Fraktion des Landesparlamentes an. Für Kontinuität sorgte neben Helmut Harbich auch Reinhard Grätz, der mehrfach im Amt des Kuratoriumsvorsitzenden bestätigt wurde.

Zwischenzeitlich haben sich die Rahmenbedingungen der Tätigkeit der Stiftung weiter verändert: Einerseits war sie 2005 durch Beschluss der neu gewählten nordrhein-westfälischen Landesregierung unter Ministerpräsident Dr. Jürgen Rüttgers (CDU) in die Zuständigkeit der der Staatskanzlei zugehörigen Abteilung Kultur gelangt, also aus der langjährigen Zugehörigkeit zum Geschäftsbereich des Sozialministeriums herausgelöst worden. Die 2010 folgende Landesregierung unter Ministerpräsidentin Hannelore Kraft (SPD) hat die Stiftung – im Rahmen des neuen Gesamtkonzeptes für die Erinnerungskultur in Nordrhein-Westfalen – der Landeszentrale für politische Bildung zugeordnet. Damit ging sie in den Geschäftsbereich des Ministeriums für Familie, Kinder, Jugend, Kultur und Sport (MFKJKS) über, das seit Oktober 2015 von Ministerin Christina Kampmann (SPD) geleitet wird.

Helmut Harbich

Andererseits hatte sich durch die »Osterweiterung« der Europäischen Union, die sich im Jahre 2004 durch den Beitritt Polens, Tschechiens, der Slowakei, Estlands, Lettlands, Litauens, Sloweniens sowie Ungarns und 2007 durch das Hinzukommen Rumäniens und Bulgariens vollzog, die Arbeitsgrundlage der Stiftung wesentlich gewandelt. Seither sind alle ehemaligen Ostgebiete des Deutschen Reiches (mit Ausnahme der verhältnismäßig kleinen, zur Russischen Föderation gehörenden Region um Kaliningrad, das frühere Königsberg) Teil der Europäischen Union. Gleiches gilt für etliche Siedlungsgebiete deutscher Minderheiten, die außerhalb der Grenzen des Deutschen Reiches von 1937 lebten. Damit sind alle früheren Hindernisse ihrer praktischen Erreichbarkeit beseitigt, nicht zuletzt weil die 2004 beigetretenen Länder inzwischen auch zum Schengen-Raum gehören, folglich Kontrollen beim Grenzübertritt für EU-Bürger weggefallen sind. Das macht den Austausch und die Zusammenarbeit mit den heute dort beheimateten Menschen leichter. Zugleich hat die gegenseitige Verständigung über das Gemeinsame in Geschichte und Kultur, über das, was Europa im Inneren – jenseits des Euro und der Marktbeziehungen – zusammenhält, noch an Bedeutung gewonnen.

Dies auch mit Blick auf das Dahinschwinden der sogenannten »Erlebnisgeneration«, welche die Zeit vor 1945 noch aus eigener Erfahrung kennt – mit all ihren Schrecken, aber auch mit dem für diese Generation selbstverständlich Verbindenden. Die »Erlebnisgeneration« – und das gilt keineswegs nur für die deutsche – hat seit dem Umbruch in Europa in den 1980er- und 1990er-Jahren eine zentrale kommunikative Rolle gespielt. Und zwar indem sie im wörtlichen Sinne lebendiges Zeugnis gab, vielfach gegenüber jungen Menschen, denen das, was Stefan Zweig einmal »die Welt von gestern« genannt hat, das alte Vorkriegs-Europa nämlich, gänzlich fremd sein musste. Damit ist ein großer kultureller und historischer Reichtum überliefert worden – zum Nutzen, zur notwendigen Selbstverständigung Europas.

Der in Gang befindliche generationelle Wandel setzt sich naturgemäß fort. Die »Erlebnisgeneration« war über Jahrzehnte Vermittlungsinstanz, aber auch eine zentrale Zielgruppe der Stiftungsaktivitäten. Zwar war sie dies gemäß der Formulierung des Stiftungszweckes in der Satzung niemals allein, hatte aber besonderen Rang. Das Stiftungsgebäude war stets – jenseits der Eigenveranstaltungen der Stiftung – auch Begegnungsstätte und Ort des Austausches für diese vor 1945 geborenen Menschen. Das ist noch immer und bleibt auch zukünftig so. Angesichts des zahlenmäßigen Rückgangs der älteren Zielgruppe haben die Verantwortlichen in der Stiftung jedoch bereits vor geraumer Zeit einen Prozess der konzeptionellen Neuausrichtung und Modernisierung der Stiftungsaktivitäten in Gang gesetzt. Insbesondere infolge der Initiative des Kuratoriumsvorsitzenden Reinhard Grätz, zugleich aber unter Beteiligung des Stiftungsvorstandes wurde im Sommer 2013 eine »Arbeitsgruppe Zukunft« begründet, die stiftungsinterne und externe Erfahrungen und Kompetenzen zusammenführte.

Die Arbeit der Arbeitsgruppe ist von zwei Voraussetzungen ausgegangen: Erstens hat die Erinnerung an die gemeinsame Geschichte der Deutschen mit ihren östlichen Nachbarn – mit all ihren Tiefen und Höhen über viele Jahrhunderte – mit dem Fortschreiten des europäischen Einigungsprozesses nicht etwa an Bedeutung verloren, sondern sie ist vielmehr noch wichtiger geworden. Gleiches gilt für die Fortsetzung des weiterhin wechselseitig befruchtenden kulturellen Austauschs. Zweitens kann die Veränderung der Zielgruppen, insbesondere deren weitere und auch ausdrücklich erwünschte Verjüngung nicht ohne Konsequenzen für die Methoden und Formate bleiben, die in der Arbeit der Stiftung Anwendung finden.

Das Ergebnis der eingehenden Überlegungen der Arbeitsgruppe wurde nach intensiven Diskussionen in Vorstand und Kuratorium im Juli 2014 mit dem Konzept »Erinnern-Lernen-Gestalten. Das 10-Punkte-Papier. Zur Zukunft der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus« verabschiedet. Es ist seither entscheidende Grundlage der Fortsetzung der Stiftungsaktivitäten. Im Einklang mit dem 10-Punkte-Papier und insbesondere zugleich in Wechselwirkung mit der vom nordrhein-westfälischen Landtag angestoßenen und vom MFKJKS energisch vorangetriebenen Konzeptentwicklung »Erinnern an Flucht und Vertreibung – Zukunft der Förderung nach § 96 BVFG«, mit der die politisch Verantwortlichen ihrerseits speziell der generationellen Entwicklung Rechnung tragen, wurde seither ein neues Leitbild der Stiftung entwickelt. Dieses wurde im März 2017 auf Empfehlung des Stiftungsvorstandes einstimmig durch das Kuratorium verabschiedet.

Neueröffnung des Foyers 2011

## Ein Blick voraus

Heute sehen wir uns damit konfrontiert, dass die Idee der europäischen Einigung und ihre Realisierung unter dem Dach der Europäischen Union stärker in Frage gestellt werden als dies lange Zeit zuvor der Fall gewesen ist. Als schmerzlich empfundene ökonomische Einschnitte infolge von wirtschaftlichen Krisensituationen, insbesondere das gegen die gemeinsame Euro-Währung aufgekommene Misstrauen, die als überbordend erscheinende und scheinbar über die Köpfe der Menschen hinwegentscheidende EU-Bürokratie, schließlich die langsam und mühselig anmutende Konsensfindung unter derzeit 28 Mitgliedsstaaten liefern Vertretern eines wiederkehrenden Nationalismus und selbsternannten Hütern angeblicher »Eigeninteressen« der einzelnen Staaten populistisch vereinfachte Argumente.

Vor diesem Hintergrund ist mehr denn je die Erinnerung daran unabdingbar, dass die politische und wirtschaftliche Einigung Europas auf Grundlagen basiert, die in einer gemeinsamen Geschichte von weit mehr als zwei Jahrtausenden wurzeln – was, recht besehen, schon der Name des Kontinents zum Ausdruck bringt. So konfliktreich diese gemeinsame Geschichte auch immer wieder war, so groß ist doch zugleich der Reichtum, der aus wechselseitiger kultureller Befruchtung und gegenseitig bereicherndem Austausch geschöpft wurde und wird. Schon der Blick über den Zaun des Nachbarn erweitert den Horizont, um wieviel mehr weitet er den Blick, wenn man – ohne Zaun, aber mit Respekt für dessen Eigenart – im Garten des Nachbarn spazieren gehen darf und mit diesem reden kann.

Um diese Wurzeln und den miteinander geteilten kulturellen Schatz in all seiner Vielfalt zu wissen, ist für Deutsche aller Generationen nicht minder bedeutsam wie für die jungen und älteren Menschen in Polen, Tschechien, Estland, Lettland, Litauen, Rumänien, Bulgarien, Ungarn, der Slowakei und in all den anderen Ländern des gemeinsamen europäischen Hauses. In ihren Köpfen und Herzen steht oder fällt die Zukunft Europas.

Daher gibt es keinen Grund, die Aufgabe der 60 Jahre alten Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus als erledigt anzusehen. Sie sollte ihre Arbeit fortsetzen, zeitgemäß in der Form, überzeugt der Bedeutung der Inhalte. Für ihr Haus in der Düsseldorfer Bismarckstraße gilt unverändert das, was buchstäblich in seinem Fundament steckt: »Keine Stätte der Absonderung, sondern eine Stätte der Begegnung! Nicht nur eine Stätte der Erinnerung, sondern eine Stätte der Zukunft!«

Winfrid Halder

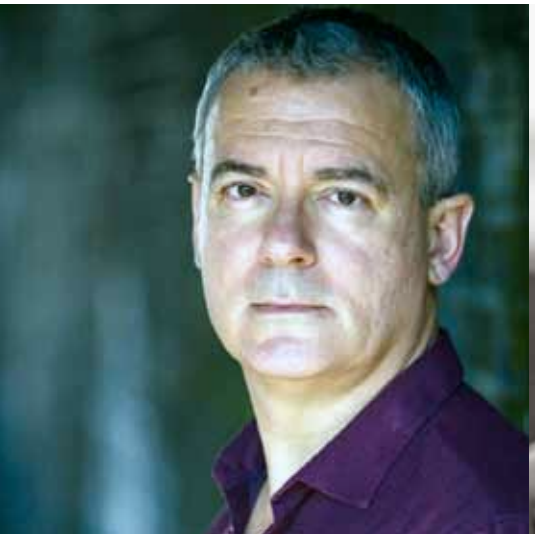
# Literatur als Spiegel der Geschichte

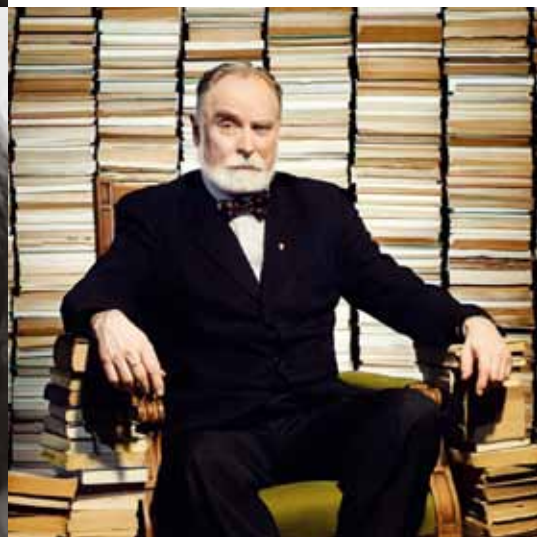
## Rose Ausländer, Siegfried Lenz, Uwe Johnson, Arno Surminski, Sarah Kirsch, Walter Kempowski, Otfried Preußler, Imre Kertész, Lev Kopelev, Herta Müller, György Dalos, Ilija Trojanow, Carolin Emcke …

Was sich wie das »Who is Who« der deutschen und osteuropäischen Nachkriegs- und Gegenwartsliteratur liest, ist nur ein kleiner Auszug aus der Liste der Schriftstellerinnen und Schriftsteller, die seit Gründung der Stiftung zu Gast in der Bismarckstraße waren. Von Beginn an spielten Literatur und ihre Vermittlung eine tragende Rolle im kulturellen Programm der Stiftung, ob in Form von Lesungen und Buchpräsentationen mit Autorinnen und Autoren oder als Vorträge und Gespräche über einzelne Werke. Das Fundament für diese rege Tätigkeit wurde kurz nach der Eröffnung der Stiftung in den 1960er-Jahren gelegt. Autoren wie der aus dem Baltikum stammende Edzard Schaper, der Siebenbürger Sachse Bernhard Ohsam oder der Schlesier Hans Lipinsky-Gottersdorf stellten ihre Werke vor. Dazu kamen Vorträge über ost- und mitteldeutsche Schriftsteller wie Fritz Reuter, Johannes Bobrowski und Siegfried Lenz.

Anfang der 1970er-Jahre wurde die Stiftung zum regelmäßigen Treffpunkt von Autorinnen und Autoren der KünstlerGilde e. V. Esslingen. Der Verein, 1948 im baden-württembergischen Esslingen am Neckar von 30 heimatvertriebenen Künstlern gegründet, war zunächst als Zusammenschluss zur Selbsthilfe für vertriebene, ausgesiedelte und geflohene Künstler gedacht. Er entwickelte sich im Laufe der Jahre zu einer Heimat für viele bildende Künstler, Schriftsteller, Musiker, Theaterschaffende und Journalisten, die aus dem östlichen Europa stammten oder sich diesen Gebieten verbunden fühlten. Bis heute betrachtet der Verein die Pflege und den Erhalt von Kunst und Kultur der deutschen Kulturlandschaften Ost- und Südosteuropas als seine Aufgabe. Zu den NRW-Mitgliedern der KünstlerGilde zählten in den 1960er-Jahren u. a. Annemarie in der Au, Norbert Dolezich, Georg Hermanowski und Robert Grabski. Einmal im Monat trafen sich diese Autorinnen und Autoren in der Bismarckstraße zu Lesungen und Gesprächen. Von dem lebhaften, leidenschaftlichen, zuweilen kontroversen Austausch zeugen die Werkstattgespräche, die in Form von Tonbandaufnahmen erhalten sind und heute als Digitalisate auf der Webseite der Stiftung abgerufen werden können.

Die enge Verbundenheit zwischen KünstlerGilde und Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus zeigt sich auch darin, dass die Stiftung zur Heimstatt für die Preisverleihung des von der KünstlerGilde gestifteten Andreas-Gryphius-Preises wurde. Seit 1965 wird dieser bedeutende Literaturpreis regelmäßig im Gerhart-Hauptmann-Haus verliehen und zeichnet Autoren und Übersetzer aus, deren Publikationen deutsche Kultur und Geschichte in Mittel-, Ost- und Südosteuropa reflektieren und die zur Verständigung zwischen den Deutschen und ihren östlichen Nachbarn beitragen. Zu den Preisträgern zählen Karl Dedecius (1962), Johannes Urzidil (1966), Dagmar Nick (1970), Günter Eich (1972), Peter Huchel (1974), Reiner Kunze (1977), Saul Friedländer (1980), Ulla Berkéwicz (1983), Ota Filip (1991), Andrzej





Szczypiorski (1995), Michael Zeller (2011), Hans Bergel (2013) und Leonie Ossowski (2014).

Die seit Ende des Zweiten Weltkriegs bestehende Teilung Europas hatte auch Auswirkungen auf den kulturellen Austausch zwischen Ost und West. Es ist heute nur noch schwer nachzuvollziehen, wie sehr der »Eiserne Vorhang« in den 1960er- bis 1980er-Jahren Kontakte zwischen Ost und West einschränkte. Der »Ostblock« war schwer zugänglich, die Ein- und Ausreise durch strenge Vorschriften geregelt, Reisen von Schriftstellerinnen und Schriftstellern aus den Ostblockstaaten in den Westen gestalteten sich schwierig. Informationen über das Kulturleben in Osteuropa blieben rar, dabei war das Interesse der Westdeutschen an den Literaturen jenseits des Eisernen Vorhangs immer groß. Um dem gerecht zu werden, wurde seit den 1970er-Jahren verstärkt auch die Literatur des »Ostblocks« im Veranstaltungsprogramm der Stiftung berücksichtigt. So fand 1975 eine Ausstellung über deutschsprachige Gegenwartsliteratur aus Rumänien statt, 1978 referierte der aus Łódź stammende deutsche Übersetzer und Herausgeber Karl Dedecius über die polnische Nachkriegsliteratur. »Von Anna Seghers bis Hermann Kant – eine Einführung in die erzählende Literatur der DDR« und »Rolf Biermann als politischer Liedermacher« lauteten zwei Vorträge aus einer Veranstaltungsreihe zur Literatur der DDR. Lesungen von Autorinnen und Autoren aus den kommunistischen Ländern selbst waren zu dieser Zeit so gut wie unmöglich. Erst 1977 las ein Autor aus der DDR in der Stiftung – Reiner Kunze. Es war seine allererste Lesung in der Bundesrepublik.

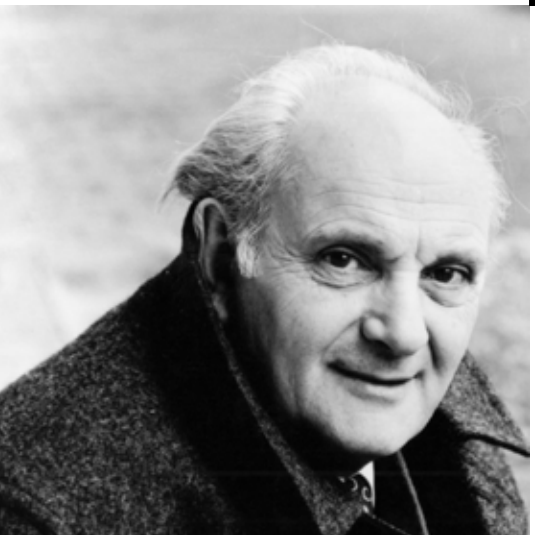
Mit der in den 1970er-Jahren beginnenden und bis Ende der 1980er-Jahre andauernden Ausreisewelle kamen auch viele deutschstämmige und deutschsprachige Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus Rumänien, Polen, Ungarn und Russland nach Deutschland. Ihre Themen waren das Leben im Totalitarismus und der Heimatverlust durch die Ausreise. 1978 las der in Siebenbürgen geborene Hans Bergel aus seinem Werk »Der Tanz in Ketten«. In dem Buch schildert er seine Haftzeit in einem rumänischen Gefängnis. Der aus dem Banat stammende Richard Wagner thematisierte 1989 die eigene Ausreise aus Rumänien in seiner Erzählung »Begrüßungsgeld«. Ihm folgte 1990 Herta Müller mit ihrem Roman »Reisende auf einem Bein«.

Der Fall des »Eisernen Vorhangs« 1989 öffnete auch für Autorinnen und Autoren aus dem Osten die Grenzen. Jetzt ergaben sich endlich vielfältige Möglichkeiten, internationale literarische Begegnungen zu organisieren. Walter Engel, seit 1988 Direktor des Gerhart-Hauptmann-Hauses, rief mit dem »Literaturforum Ost-West« ein Format ins Leben, das Schriftstellerinnen und Schriftstellern aus Osteuropa Raum für die Begegnung mit den Kollegen aus dem Westen gab. Einmal im Jahr trafen hier Autoren, Übersetzer und Wissenschaftler zusammen, um durch die Literatur einen Zugang zu gesellschaftlichen und politischen Fragen im Osten und Westen zu ebnen. Das erste »Literaturforum Ost-West« fand im November 1989 statt, einer Zeit des radikalen und rasanten Umbruchs in Osteuropa.

Zu den Gästen zählten Horst Bienek, Hilde Domin, Erich Loest und Tadeusz Rózewicz. In den folgenden Jahren zählten Ungarn, Rumänien, Tschechien, Russland, die Slowakei, das Baltikum, Kroatien, Bulgarien und Slowenien zu den Gastländern. Von 1989 bis 2009 war das Düsseldorfer »Literaturforum Ost-West« die einzige Veranstaltungsreihe in Deutschland, die sich kontinuierlich und umfassend den literarischen Beziehungen der Deutschen zu ihren östlichen Nachbarn widmete und in diesem Rahmen Menschen aus Ost und West zusammenführte. Im Laufe der Jahre kamen insgesamt rund 200 Persönlichkeiten nach Düsseldorf, darunter Tankred Dorst, Ota Filip, Ulla Hahn, Franz Hodjak, Oskar Pastior, Ana Blandiana, Alexander Nitzberg, Waldemar Weber, Jiří Gruša. Mit Herta Müller und Imre Kertész waren zugleich zwei zukünftige Literatur-Nobelpreisträger zu Gast.

Das Forum wurde unter Federführung der Stiftung in Kooperation mit dem Kulturamt der Stadt Düsseldorf, dem Literaturbüro NRW, der Heinrich-Heine-Universität sowie dem Heinrich-Heine-Institut ausgerichtet und stand unter der Schirmherrschaft des jeweiligen Ministerpräsidenten. Drei Literaturforen des Gerhart-Hauptmann-Hauses fanden auch in osteuropäischen Hauptstädten statt: Bukarest, Bratislava und Belgrad.

Das Gerhart-Hauptmann-Haus erlangte durch das »Literaturforum Ost-West« Bekanntheit über die Grenzen von Düsseldorf und NRW hinaus und gewann viele Freunde unter deutschen und osteuropäischen Schriftstellern und Publizisten. Mit dieser Ver-



anstaltungsreihe hat sich die Stiftung nicht zum ersten Mal als kulturelle Brücke zwischen dem Osten und dem Westen bewährt und einen wichtigen Beitrag zur Rezeption von in Deutschland noch wenig bekannten Literaturen und zur Aufnahme deutscher Autoren in Verlagsprogramme und literarische Publikationen in Ostmittel- und Südosteuropa geleistet.

Auch in jüngster Zeit setzt die Stiftung ihre Tätigkeit als kulturelle Brücke zwischen Westen und Osten fort. Regelmäßig werden Autorinnen und Autoren, die sich in ihren Büchern aus historischer oder aktueller Sicht mit dem östlichen Europa beschäftigen, eingeladen und einem interessierten Publikum vorgestellt. Dies geschieht zum einen im Rahmen der Düsseldorfer Literaturtage, die seit 2011 parallel zum Bücherbummel auf der Kö stattfinden. In den vergangenen Jahren waren u. a. Christoph Hein, Monika Maron, Volker Braun, Peter Härtling, Catalin Dorian Florescu, Hanna Schygulla und Katja Petrowskaja im GHH zu Gast. Zum anderen werden regelmäßig Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus dem Ausland eingeladen, die aus ihren Werken lesen und auch die aktuellen Geschehnisse in ihren Heimatländern schildern. Dazu zählen beispielsweise Andrej Kurkov aus der Ukraine sowie Olga Tokarczuk und Stefan Chwin aus Polen.

Schaut man rückblickend auf die vergangenen sechs Dekaden der Stiftungsgeschichte, so kann man am literarischen Programm der Stiftung, an den eingeladenen Schriftstellern und an ihren Themen die Zeitläufte der europäischen Geschichte erkennen. Autorinnen und Autoren, die in den 1960er-Jahren in der Stiftung lasen, waren oftmals selbst von Flucht oder Vertreibung als Folge des Zweiten Weltkriegs betroffen. In ihren Büchern setzen sie sich mit dem Leben in der NS-Diktatur, mit Krieg, Heimatverlust und der Orientierung in einer ihnen fremden Nachkriegsgesellschaft auseinander. Gleichzeitig war die Zeit bis tief in die 1980er-Jahre geprägt vom »Kalten Krieg«, der unüberwindbaren Trennung von Ost und West, aber auch dem Wunsch nach Annäherung an die östlichen Nachbarn und dem Gedanken der Aussöhnung zwischen alten Kriegsgegnern. Die ausgesiedelten deutschen Literaten, vor allem aus Rumänien und Polen, sowie die staatskritischen Schriftstellerinnen und Schriftsteller aus der DDR verarbeiteten in ihren Werken Erfahrungen mit dem totalitären System des Kommunismus und dem »freiwilligen« Heimatverlust durch Ausreise. Mit dem Zusammenbruch des Kommunismus 1989 wurden die Öffnung der Grenzen und die veränderten politischen Verhältnisse in Europa zum Thema und fanden Eingang in die Werke der Autoren.

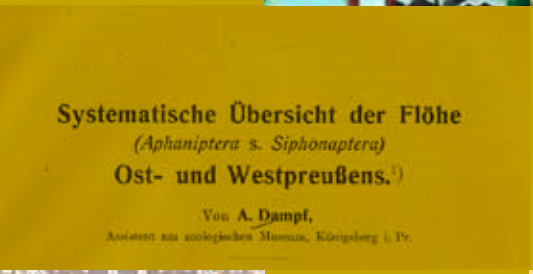
Heute beschäftigen sich viele junge Autorinnen und Autoren mit der eigenen Identität, die häufig östliche Wurzeln hat, mit ihrer Familiengeschichte und mit den durch Krieg, Flucht und Vertreibung ausgelösten Traumata der Eltern- und Großelterngeneration. Auch daran sieht man, wie tief Flucht und Vertreibung im kollektiven Gedächtnis der deutschen Gesellschaft verankert sind.

Schlesien, Ost- und Westpreußen, Danzig, Pommern, Böhmen, Mähren, der Donauraum, das Baltikum oder Russland – über siebzig Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs lohnt es sich immer noch daran zu erinnern, dass Werke von Schriftstellerinnen und Schriftstellern aus diesen Kulturräumen zu unserem kulturellen Erbe gehören. Die Schlesier Joseph von Eichendorff, Gerhart Hauptmann und Horst Bienek, die aus Böhmen stammenden Adalbert Stifter, Gertrud Fussenegger und Otfried Preußler, die im Banat geborenen Nikolaus Lenau, Adam Müller-Guttenbrunn und Herta Müller, die Siebenbürger Sachsen Oskar Pastior und Erwin Wittstock, die aus der Bukowina stammenden Rose Ausländer und Paul Celan, der Baltendeutsche Werner Bergengruen, die Ostpreußen Ernst Wiechert und Siegfried Lenz oder der Danziger Günter Grass und der Westpreuße Oskar Loerke: Alle diese Autorinnen und Autoren haben in deutscher Sprache geschrieben und in ihren Büchern den Kulturlandschaften und Lebenswelten der dortigen Menschen Raum gegeben. Sie haben nicht nur die deutschsprachige Literatur bereichert und geprägt, ihre Werke haben auch das Bild der Deutschen im östlichen Europa vermittelt und verändert.

Die identitätsstiftende und grenzüberschreitende Rolle der Literatur ist wegweisend für das Zusammenwachsen in Europa. Die Bewahrung und Pflege dieses gemeinsamen Kulturerbes ist auch für die gemeinsame europäische Zukunft von entscheidender Bedeutung. Gut, dass es einen Ort gibt, an dem Erinnerung und Austausch seit 60 Jahren lebendig gehalten werden – das Gerhart-Hauptmann-Haus in Düsseldorf. Margarete Polok

# 50 Jahre Wissenschaftliche Bibliothek im Gerhart-Hauptmann-Haus

**Anlässlich des sechzigjährigen Jubiläums der Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus lohnt es sich, einen Blick auf die Vergangenheit und Gegenwart der wissenschaftlichen Bibliothek der Stiftung zu werfen. Denn mit aktuell 90.000 Medieneinheiten beherbergt die in den 1960er-Jahren gegründete Bibliothek eine der großen Sammlungen zur Geschichte und Kultur der Deutschen im östlichen Europa innerhalb Nordrhein-Westfalens. Bereits bei der Planung zum Haus des Deutschen Ostens waren die Initiatoren sich einig, dass die Stiftung auch über eine Spezialbibliothek verfügen sollte. Ab 1961 wurden Mittel zum Einkauf von Büchern bereitgestellt, aber erst 1963, als Richard Günzel die Leitung der Bibliothek übernahm, wurde mit dem systematischen Bestandsaufbau begonnen. Bei der Eröffnung der Bibliothek am 26. Oktober 1966 hatte die Bibliothek bereits 17.500 Bände, 2.600 Karten, 63 Schallplatten und 55 Dia-Reihen.**



Gesammelt wird seitdem vornehmlich Literatur über die historischen deutschen Ostgebiete, also Ost- und Westpreußen, Danzig, Pommern, Ostbrandenburg, Schlesien und Oberschlesien, und über die ehemaligen deutschen Siedlungsgebiete in Ost- und Südosteuropa, beispielsweise in Russland, Polen, Böhmen und Mähren oder dem Donaugebiet. Zum Bestand gehören ebenso Titel über Ostmittel- und Osteuropa allgemein. Bis Anfang der 1990er-Jahre sammelte die Bibliothek außerdem Literatur über die DDR sowie über Sachsen, Sachsen-Anhalt, Thüringen, Brandenburg und Mecklenburg. So besitzt die Bibliothek durch den Ankauf einer großen Privatsammlung im Jahr 1964 mit rund 500 Bänden eine umfangreiche Sammlung alter Bücher zur Geschichte und Landeskunde Thüringens; die ältesten Titel stammen aus dem 16. und 17. Jahrhundert.

Ein weiterer Schwerpunkt des Bestandes ist Literatur über Flüchtlinge, Vertriebene, Aussiedler und Spätaussiedler sowie deren Integration in Deutschland und insbesondere in Nordrhein-Westfalen. Außerdem werden Medien über Migrationsbewegungen sowie über Deutschland und seine Beziehungen zu den östlichen Nachbarn gesammelt. In der Bibliothek gibt es neben Sachbüchern auch historische und aktuelle Landkarten, Stadtpläne, Zeitungen und Zeitschriften, Schallplatten, CDs, DVDs sowie Belletristik und Kinderbücher deutsch- und fremdsprachiger Autoren aus dem östlichen Europa; viele davon in Originalsprachen wie Russisch oder Polnisch. Die Bandbreite des Gesammelten ist groß: von wissenschaftlicher Literatur bis hin zu handgeschriebenen Fluchtberichten, von opulenten Bildbänden zu Spezialwerken über schlesische Straßenbahnen oder Kochbücher aus Ostpreußen, von der Gesamtausgabe des Günter Grass bis zur kleinen Mundartbroschüre. Unter der Leitung von Richard Günzel (1962–1970), Barbara Hofmann (1970–1994), Beate Runge (1995–2005) und Margarete Polok (seit 2006) ist der Bestand auf nunmehr rund 90.000 Medieneinheiten gewachsen.

Die Bibliothek, die in den 1960er-Jahren problemlos auf der zweiten Etage des Gerhart-Hauptmann-Hauses untergebracht werden konnte, verfügt mittlerweile über fünf Magazinräume. In den Bestand integriert sind als Dauerleihgabe zudem Medien der Arbeitsgemeinschaft ostdeutscher Familienforscher und des Bundes der Danziger.

Von Beginn an war die Bibliothek daran interessiert, ihre Medien der gesamten Bevölkerung Nordrhein-Westfalens zur Verfügung zu stellen. Sie ist insofern eine wissenschaftliche Bibliothek mit dem Charakter einer öffentlichen Bibliothek; Leserinnen und Leser können die Bibliothek kostenlos nutzen, Bücher entleihen, Fernleihen bestellen und individuelle Unterstützung bei ihren Recherchen erhalten. Zu den Benutzern zählen Wissenschaftlern aus dem In- und Ausland sowie Studenten und Schüler aus Nordrhein-Westfalen. Viele Leserinnen und Leser gehören der Erlebnisgeneration an und besitzen nicht selten seit 40 Jahren einen Leserausweis. In jüngerer Zeit kommen vermehrt auch deren Kinder und Enkel in die Bibliothek, um nach ihren familiären Wurzeln im östlichen Europa zu forschen. Zahlreiche Benutzerinnen und Benutzer stammen aus der ehemaligen Sowjetunion und sind als Spätaussiedler oder Kontingentflüchtlinge nach Nordrhein-Westfalen gekommen.

Um auch in Zukunft für Leserinnen und Leser attraktiv zu bleiben, wurden in den vergangenen Jahren wichtige Modernisierungsmaßnahmen ergriffen. Der gesamte Bibliotheksbestand wurde in einem elektronischen Bibliothekskatalog erfasst und ist durch die Anbindung an den nordrhein-westfälischen Bibliotheksverbund recherchierbar. Der neu gestaltete Eingangsbereich der Bibliothek verfügt seit Anfang des Jahres über eine moderne Empfangs- und Ausleihtheke. Für dieses Jahr ist geplant, ein auf Suchmaschinen-Technologie beruhendes Discovery-System einzuführen, das den bisherigen elektronischen Bibliothekskatalog ablösen wird. Zudem sollen die Bestände der Bibliothek in den elektronischen Katalog der Düsseldorfer Bibliotheken eingespielt werden.

So bietet die Bibliothek ihren Benutzerinnen und Benutzern auch zukünftig die Möglichkeit, sich umfangreich über das östliche Europa, die Geschichte und Kultur der Deutschen in den Ländern Osteuropas sowie über die Beziehungen Deutschlands zu seinen östlichen Nachbarn zu informieren. Margarete Polok

# Ansprechpartner

**Leitung/Verwaltung**

Prof. Dr. Winfrid Halder
Direktor, Leitung, Programmgestaltung

Dr. Katja Schlenker
Kuratorin Ausstellungen
Koordination Jugend- und Schulprojekte

Ilona Gonsior, M.A.
Öffentlichkeitsarbeit

Mattias Lask, M.A.
Ressourcenmanagement
Aussiedleraktivitäten
AG Heimatstuben

Dr. Sabine Grabowski
Jugend, Bildung und Schulzusammenarbeit

Marion Bergmann
Verwaltung
Raumbuchung

Martha Rensmann
Sekretariat

Cathrin Mueller
Wissenschaftliche Hilfskraft

**Bibliothek**

Margarete Polok
Leitung der Bibliothek
Fachauskunft, Recherche

Dina Horn
Bibliothek
Ausleihe, Fernleihe

Anne Geppert
Bibliothek
Katalogisierung, Fernleihe

**Haustechnik**

Hartmut Kramer
Haustechnik

Waldemar Hooge
Haustechnik

# Kontakt

Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus
Deutsch-osteuropäisches Forum
Bismarckstr. 90
40210 Düsseldorf
Fon 0211-16 99 111
Fax 0211-353 118
info@g-h-h.de
www.g-h-h.de

# Impressum

Herausgeber
Stiftung Gerhart-Hauptmann-Haus
Deutsch-osteuropäisches Forum
Bismarckstr. 90
40210 Düsseldorf

Vorsitzender des Vorstandes
Helmut Harbich

Vorsitzender des Kuratoriums
Reinhard Grätz

Chefredakteur
Prof. Dr. Winfrid Halder

Redaktion
Ilona Gonsior, M.A.

Gestaltung
Thomas Bock

GERHART
HAUPTMANN
HAUS

STIFTUNG GERHART-HAUPTMANN-HAUS | DEUTSCH-OSTEUROPÄISCHES FORUM